

Krieg und Frieden

Der marxistische
Standpunkt

Eine **VORAN** - Broschüre

DM 3,-

Vorwort

VORAN legt hiermit eine Artikelsammlung zum Thema Krieg und Frieden vor.

Anfang der 80er Jahre gehörte VORAN zu den schärfsten Gegner der Nachrüstung. In dieser Zeit entstanden zahlreiche Artikel gegen Aufrüstung und Krieg. Allerdings haben wir schon damals die Friedensbewegung vor Illusionen in die Abrüstungsdiplomatie gearnt. Wir erklärten die Unvermeidlichkeit des Rüstungswettlaufs mit den bestehenden internationalen Gegensätzen, vor allem mit dem Ost-West-Konflikt.

Der Ausgang des 2. Weltkriegs hatte das internationale Kräfteverhältnis zugunsten des Stalinismus und auf Kosten des westlichen Imperialismus verschoben.

Der Gegensatz der Systeme zwischen Ost und West charakterisierte die Weltordnung in der gesamten Nachkriegsepoche.

Mit der Krise des Stalinismus ist dieses internationale Kräftegleichgewicht aus den Fugen geraten. Diese Krise nutzten die Herrschenden im Westen für eine ideologische Offensive sondergleichen. Angeblich sollten die 90er Jahre eine neue Ära der Menschheitsgeschichte eröffnen, eine Ära, in der die Marktwirtschaft die ganze Menschheit mit Frieden und Wohlstand beglücke. Abrüstung sollte jetzt beschleunigt werden.

Leider hat sogar die Führung der SPD und der Jusos der Propaganda der Bürgerlichen Vertrauen geschenkt. VORAN mußte gegen den Strom schwimmen. Wir hatten kein Vertrauen in Abrüstungsdiplomatie, in Friedens- und Marktwirtschaftspropaganda. Und wir haben erklärt, daß die Abmilderung des Ost-West-Konflikts zu verstärkten innerimperialistischen Konflikten führen würde. Leider fand diese Perspektive eine rasche und barbarische Bestätigung im Golfkrieg. Dieser Krieg hat die Frage nach dem Charakter des Imperialismus in aller Schärfe gestellt. Er kann nur verstanden werden, wenn man den kriegerischen Tendenzen des Kapitalismus auf den Grund geht. Dazu soll die vorliegende Broschüre ein Beitrag sein.

Redaktion VORAN, Februar 1991

Inhaltsverzeichnis

	Seite
"Interview" mit Rosa Luxemburg.....	1
Weltweit Rüstung, weltweit Kriege.....	4
Wettrüsten - warum?.....	5
Sind Friedensverträge zuverlässig?.....	6
Wie kann sich die Friedensbewegung durchsetzen?.....	7
Profite für die Konzerne - Verschwendung von Arbeitskraft.....	9
Alternativen zur Rüstungsproduktion.....	10
Kann ein 3. Weltkrieg verhindert werden?.....	10
Woher kommt das Wettrüsten?.....	11
2. Weltkrieg - imperialistischer Feldzug statt Kreuzzug für die Demokratie.....	12
Stalin-Hitler-Pakt und 2. Weltkrieg.....	14
Vietnamkrieg. Golfkrieg ein zweites Vietnam?.....	18

„Interview“ mit Rosa Luxemburg

» MILITARISMUS IST AUSDRUCK



DES KLASSEN- STAATES «

Das folgende „Gespräch“ mit Rosa Luxemburg hat in Wirklichkeit natürlich nie stattgefunden. Trotzdem sind alle Antworten von Rosa „echt“. Wir haben diese Form der Darstellung ihrer Gedanken zu den Themen Frieden, Abrüstung, Militarismus und Krieg gewählt, weil wir es für die einfachste Vorstellung ihrer Ideen halten. Es ist uns klar, daß das Herausgreifen von Zitaten, die vor Jahrzehnten geschrieben wurden, problematisch ist. Wir haben nur allgemeine Aussagen gewählt, die wir auch heute noch für gültig halten und die auf die heutige Situation angewendet werden können.

Wenn Rosa Luxemburg in diesem Gespräch von der Sozialdemokratie spricht, versteht sie darunter die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse. Zeitlebens, auch als SPD-Mitglied (bis 1916), kämpfte sie für marxistische Positionen in der deutschen Arbeiterbewegung.

Um den Text nicht zu sehr zu verunstalten, haben wir auch nicht jede Auslassung im Original kenntlich gemacht. Wer Zweifel hat, kann die Zitate an den angegebenen Stellen in der Ausgabe der gesammelten Werke vom Dietz-Verlag Berlin (1979) nachlesen.

Alle sagen, „Wir wollen Frieden.“ Und rüstet der Gegner nicht ab, muß aufgerüstet werden — sagen uns die Rechten.

Man sagt uns, die Völker lauern wie bissige Hunde, wie Wölfe aufeinander. Wir werden als Vaterlandsfeinde verschrien, wir haben nicht den nötigen Patriotismus in der Brust und wollen nicht zugeben, daß die Völker wie blutgierige Bestien sich gegenüberstehen.

Und uns soll weisgemacht werden, die gigantische Aufrüstung solle nur der Verteidigung dienen.

Hier haben wir wieder als Basis der ganzen politischen Orientierung jene famose Unterscheidung zwischen Verteidigungskriegen und Angriffskriegen. Was ist in der Tat ein Verteidigungskrieg? Wer wird es übernehmen, mit Sicherheit von einem Kriege zu behaupten, er gehöre zu dieser oder jener Kategorie? Und wie leicht ist es für die Diplomatie eines Militärstaates, durch einfache Lücken und Tücken einen schwachen Gegner zum Angriff zu zwingen, wenn ihm selbst der Krieg erwünscht ist?

Aber es wird doch behauptet, daß durch den Abschluß von Verträgen der Ausbruch von Kriegen verhindert wird.

Welches politische Kind weiß nicht heute, daß Verträge nur dazu

gemacht werden, um bei entsprechender Verschiebung der Kräfte gebrochen zu werden? Wo ist bis jetzt ein internationaler Staatsvertrag, der nicht gebrochen worden wäre? An die Unantastbarkeit der internationalen Verträge kann nur glauben, wer keine Ahnung davon hat, daß sich die internationale Lage in ständigem Fluß befindet.

Sollte man Verträge also ablehnen?

Daß wir solche Verträge, wenn sie praktisch an uns herantreten, ablehnen müßten, wäre eine törichte Meinung. Aber nicht nur töricht, sondern verhängnisvoll ist es, den Kampf gegen den Krieg durch einen Kampf um Schiedsgerichte zu ersetzen oder dem Kampf um Schiedsgerichte im Kampf gegen den Krieg auch nur eine nennenswerte Rolle einzuräumen.

Kapitalismus — Militarismus

Siehst Du denn überhaupt eine Möglichkeit, abzurüsten?

Die Einschränkung der Rüstung liegt nicht auf der Linie der Fortentwicklung des internationalen Kapitalismus. Nur wer einen Stillstand in der Weltpolitik erhofft, kann einen Stillstand in den Fort-

schriften des Militarismus für wahrscheinlich halten.

Aber wir erleben ja das genaue Gegenteil; die Gegensätze wachsen, und mit ihnen die Rüstung.

Mit der Fortentwicklung des Kapitalismus und des Weltmarktes wachsen und steigern sich diese Gegensätze zusammen mit den inneren Klassengegensätzen. An die Möglichkeit, diese internationalen Konflikte abflauen zu lassen, kann nur glauben, wer an die Milderung und Abstumpfung der Klassengegensätze, an die Eindämmung der wirtschaftlichen Anarchie des Kapitalismus glaubt.

Du sprichst von der wirtschaftlichen Anarchie des Kapitalismus. Welches Interesse haben die Kapitalisten an der Rüstung, sie können doch selbst Opfer werden?

Der Militarismus scheint rein ökonomisch für das Kapital als ein Mittel ersten Ranges zur Realisierung des Mehrwerts.

Doch den größten Nutzen aus der Rüstung der großen Armeen ziehen die Fabrikanten von Eisen und Stahl, Kanonen, Waffen und Panzerschiffen wie auch die verschiedenen Bekleidungs- und Nahrungsmittellieferanten der Armee. Hunderte (heute: Tausende, die Red.) von Millionen wandern auf diese Weise von der Regierungskasse in die Tasche einer

Handvoll von Kapitalisten.

Profit und Rüstung

Rüstungsaufträge sind auch nichts anderes als Staatsaufträge für Eisenbahnen o.ä. Tagtäglich erhalten Unternehmer Steuererleichterungen und Subventionen — was ist denn das Besondere an der Rüstungsproduktion?

Was bei militärischen Lieferungen hinzukommt, sind die unaufhörlichen technischen Umwälzungen und das unaufhörliche Wachstum der Ausgaben, so daß der Militarismus eine unerschöpfliche Quelle der kapitalistischen Gewinne darstellt. Der Militarismus bildet für die Kapitalistenklasse ökonomisch die glänzendste Anlageart wie gesellschaftlich und politisch die beste Stütze ihrer Klassenherrschaft.

Dem Volk wird gewöhnlich eingeredet, das Militär sei nötig zur Verteidigung des Landes gegen den Überfall der Feinde.

Was meinst Du denn, wofür das Militär gebraucht wird?

In Wirklichkeit werden diese gewaltigen Armeen nicht für die Verteidigung des Landes gebraucht, sondern für zwei andere Zwecke: für den Raub fremder Länder und um die werktätige Bevölkerung im eigenen Land in der Sklaverei der herrschenden Ausbeuter zu halten.

Außerdem ist die Rüstung gesellschaftlich gesehen reine Verschwendung. Die Waffen stehen rum und die Soldaten produzieren nichts.

Aber der größte Schaden, den die heutigen Armeen der arbeitenden Klasse zufügen, ist der, daß das Militär das Werkzeug zur Unterdrückung des Volkes durch die eigene Regierung im Lande ist!

Aber die Soldaten sind doch auch nur einfache Menschen.

Freilich dient das arbeitende Volk selbst im Militär. Der Soldat ist der gleiche Arbeiter und Bauer in Uniform. Aber der mehrjährige Militärdienst in Kasernen und die militärische Disziplin sind vorsätzlich so eingerichtet, aus dem Arbeiter und dem Bauern in Uniform ein gehetztes Tier zu machen. Nach dem mehrjährigen Drill verißt der Soldat, daß er ein Kind des Volkes ist. So haben die herrschenden Klassen und Regierungen im Militarismus eine Mordwaffe gegen die bewußten Arbeiter.

Viele Linke können sich aus diesen Gründen nicht vorstellen, daß je eine Revolution gelingen wird, in der auch noch die Soldaten zu den Arbeitern überlaufen.

Sie vergessen immer und immer wieder, daß eine ernste Massenaktion des Proletariats selbst nicht anders als in einer revolutionären Situation stattfinden kann, in einer Situation, die bereits die ganze Volksmasse, das ganze Land zur Gärung gebracht hat. Ist dem aber so, dann erscheint auch die „starre Wand der Bajonette“ unter einem ganz anderen Gesichtswinkel, denn in den revolutionären Momenten, wo die Sache der kämpfenden Proletariats zur Sache des ganzen arbeitenden Volkes wird, da erwacht auch im Soldaten der Bürger, der Sohn des Volkes, der Proletarier.

Diejenigen, die das heutige Militär als eine unwandelbare feindliche Macht der Revolution des Volkes gegenüberstellen, vergessen, daß die Revolution das Militär selbst in ihren Strudel zieht.

Volksbewaffnung

Die Rechnung der Herrschenden wird nicht aufgehen. Ist nicht trotzdem die Existenz eines stehenden Heeres eine Bedrohung für die Arbeiterbewegung?

Deshalb fordert die Sozialdemokratie (1906, d. Red.) die Abschaffung des Militärs. Für die Verteidigung des Landes wird keine Armee aus Hunderttausenden von Menschen benötigt. Es genügt, wenn die ganze erwachsene männliche Bevölkerung bewaffnet ist, und ihre Waffen immer zu Hause hält.

Die Volksbewaffnung ist natürlich ungeeignet für die Führung blutiger Eroberungskriege und Raub fremder Völker und Länder, weil ein ganzes Volk niemals bereit sein wird, sein Land zu verlassen, um zur Eroberung fremder Gebiete in ferne Länder oder über den Ozean zu ziehen. Vor allem jedoch ist die Waffe in der Hand des Volkes das beste Mittel gegen die Unterdrückung von Seiten der Kapitalisten.

Heißt das, Aufrüstung und Militarismus sind vom Kapitalismus nicht zu trennen?

Der Militarismus ist nicht der Schwerpunkt, sondern bloß ein Werkzeug der Klassenherrschaft. Der Militarismus ist der konkreteste und wichtigste Ausdruck des kapitalistischen Klassenstaates und wenn wir den Militarismus nicht bekämpfen, dann ist unser Kampf gegen den kapitalistischen Staat nichts als eine leere Phrase.

Worin siehst Du die Aufgabe der SPD im Kampf gegen den Militarismus?

In dem Militarismus kristallisiert sich die Macht und die Herrschaft ebenso des kapitalistischen Staates wie der bürgerlichen Klasse,

und wie die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die ihn prinzipiell bekämpft, so gehört auch umgekehrt die prinzipielle Bekämpfung des Militarismus zum Wesen der Sozialdemokratie.

Heute hat die SPD eine andere Haltung dazu.

Die Verzichtleistung auf den Kampf mit dem militärischen System läuft praktisch auf die Verleugnung des Kampfes mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung überhaupt hinaus.

Moralische Appelle

Viele Führer der heutigen SPD begnügen sich mit moralischen Appellen an die Militärs.

Der kapitalistische Imperialismus soll „moralisch“ werden. Das ist ungefähr dasselbe, wie von der Prostitution zu verlangen, sie soll „moralisch“ werden.

Die SPD-Fraktion stimmte doch schon vor dem ersten Weltkrieg, am 4. 8. 1914, den Kriegskrediten im Reichstag zu.

Wenn der Zusammenbruch des 4. August etwas bewiesen hat, so ist es die welthistorische Lehre, daß eine wirksame Garantie des Friedens nicht fromme Wünsche und utopische Forderungen sind, sondern einzig und allein der tatkräftige Wille des Proletariats, seiner internationalen Solidarität treu zu bleiben. Nicht an Forderungen, sondern an der Fähigkeit, hinter diese Forderungen den Willen und die Tat zu setzen, hat es vor allem bei der deutschen sozialistischen Partei gefehlt.

Internationale Solidarität

Die Sozialdemokratie hat damals kläglich versagt, die internationale Solidarität wurde den nationalen Interessen des Kapitals geopfert. Viele SPD-Abgeordnete glaubten, die Gegensätze zwischen den Staaten und Klassen würden sich in der modernen bürgerlichen Gesellschaft automatisch verringern. Wie sah es vor dem ersten Weltkrieg mit solchen „Friedenstendenzen“ aus?

Werfen wir einen Blick auf die Vorgänge der letzten fünfzehn Jahre (1896 bis 1911 die Red.) der internationalen Entwicklung. Wo zeigt sich da irgendeine Tendenz zum Frieden, zum Abrüsten? Schon die nackten Tatsachen zeigen, daß seit fünfzehn Jahren beinahe kein Jahr ohne eine Kriegssaktion vergangen ist.

Wie kann man angesichts dessen von Friedenstendenzen der bürgerlichen Entwicklung reden? Wo sind sie zum Ausdruck gekommen?

Heute ist es nicht anders. Seit dem letzten Weltkrieg ist in der Welt kein einziger Monat ohne kriegerische Auseinandersetzung vergangen.

Dies den Massen auseinanderzusetzen, alle Illusionen in Bezug auf die Friedensmacht von bürgerlicher Seite rücksichtslos zu zerzausen und die proletarische Revolution als den einzigen und ersten Akt des Weltfriedens zu erklären, daß ist die Aufgabe der Sozialdemokratie angesichts aller Abrüstungssposen, ob sie in Petersburg, London oder Berlin (oder Genf, die Red.) arrangiert werden.

UNO

Seit Jahrzehnten gibt es Versuche, durch internationale Abkommen und Organisationen wie Völkerbund und UNO, die weltweiten Konflikte im Zaum zu halten.

Der Schiedsgedanke ist nicht nur utopisch, sondern gefährlich und schädlich, weil er Illusionen über den möglichen Sinn und die mögliche Wirksamkeit diplomatischer Abmachungen erweckt; gefährlich und schädlich, weil er die politische Orientierung der Massen, ihre Einsicht in die wirklichen Zusammenhänge und Triebkräfte imperialistischen Kurs sowenig auf den heutigen Militarismus, auf die Geheimdiplomatie verzichten, daß die betreffenden Postulate eigentlich mit mehr Konsequenz allesamt auf die glatte „Forderung“ hinauslaufen: **Abschaffung des kapitalistischen Klassenstaates.**

Weltrevolution

Wie kann die Zukunft des Zusammenlebens der Völker nach Abschaffung des Kapitalismus aussehen?

Wir wissen und wollen, daß die Völker sich in edlem Wettstreit gegenüberstehen. Wir wissen und wollen, daß die Völker sich in edlem Wettstreit um die Höhe der Kulturleistungen gegenüberstehen und sich gegenseitig unterstützen sollen. der Entwicklung verbaut und verwirrt, weil er die Aufmerksamkeit des Proletariats von dem ablenkt, worauf es für die Arbeiter allein ankommt.

Wir denken, daß es die Aufgabe der SPD ist, offen und eindeutig gegen die Nachrüstung aufzutreten.

Aber diese Politik kann nicht darin bestehen, daß die sozialdemokratischen Parteien jede für sich oder gemeinsam auf internationalen Konferenzen um die Wette Projekte machen und Rezepte für die bürgerliche Demokratie ausklügeln, wie diese den Frieden schließen soll, um die weitere friedliche und demokratische Entwicklung zu ermöglichen. Alle Forderungen, die etwa auf die völlige stückweise Abrüstung, auf die Abschaffung der Geheimdiplomatie, auf Zerschlagung aller Großstaaten in nationale Kleinstaaten und dergleichen mehr hinauslaufen, sind samt und sonders völlig utopisch, solange die kapitalisti-

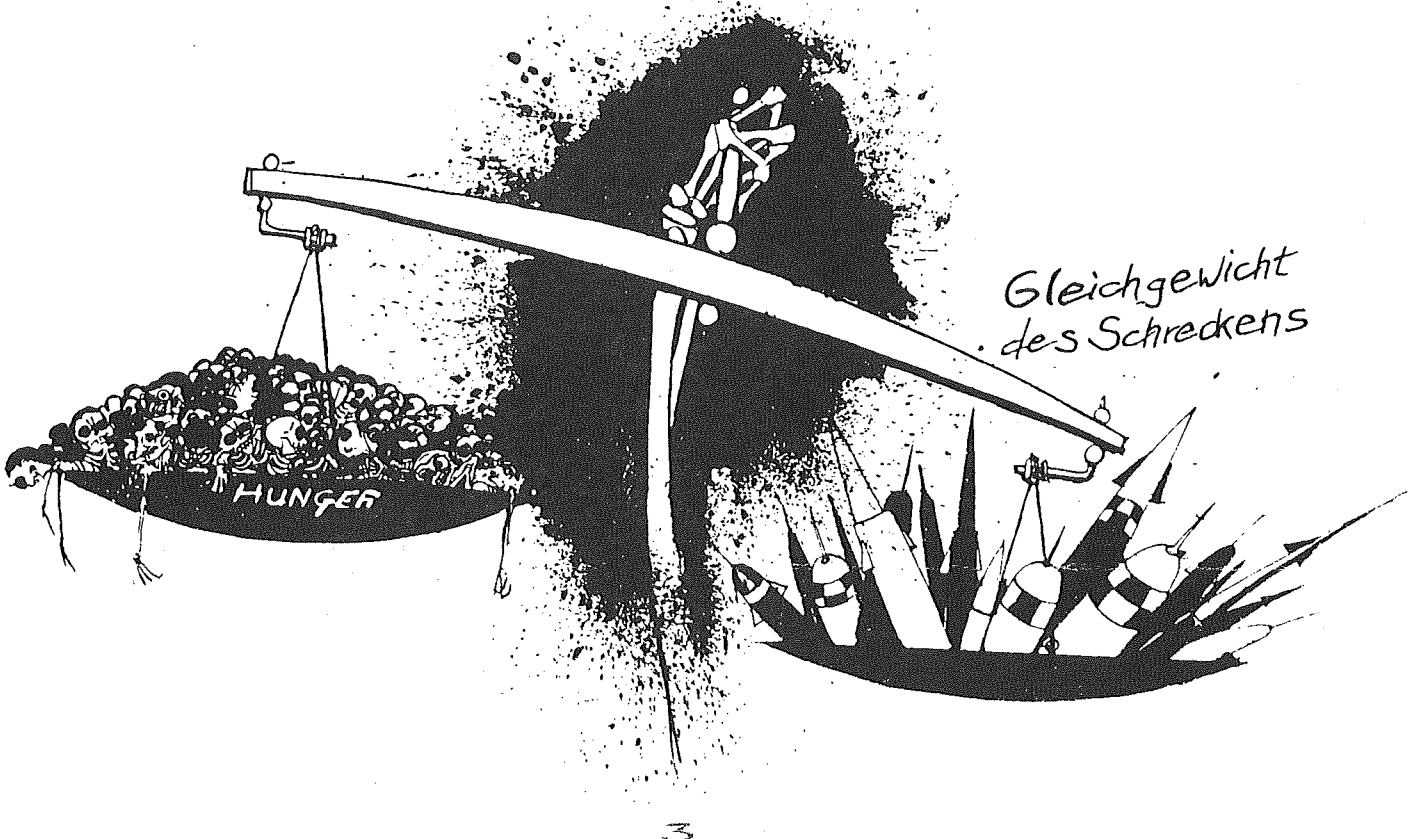
sche Klassengesellschaft das Heft in den Händen behält. Diese kann zumal unter dem jetzigen imperialistischen Sozialdemokraten sind keine Phantasten, deshalb geben wir uns nicht der Hoffnung hin, daß, solange der Kapitalismus auf Erden besteht, an eine Verwirklichung dieses vernünftigen Zustandes zu denken ist — nicht, solange wie eine Klasse die andere ausbeuten und knechten kann. Und gerade deshalb sind wir Sozialisten geworden, um Verhältnisse zu schaffen, in denen alle Menschen als Menschen leben.

Welche Schlußfolgerung ziehst Du aus Deinen Erfahrungen?

Friede bedeutet Weltrevolution des Proletariats! Es gibt keinen anderen Weg, den Frieden wirklich herzustellen und zu sichern, als den Sieg des sozialistischen Proletariats.

Quellenangabe

In der Reihenfolge der Antworten sind die Zitate zu finden:
Band 2/Seite 535, 2/527, 3/29, 4/228, 2/495, 2/495, 5/398 + 2/72, 1a/452 + 2/71, 2/71, 2/73, 2/73, 1b/621, 2/73, 2/424 + 1a/575, 1a/456, 1a/456, 3/28, 4/29, 2/496 + 2/497, 2/498, 4/229, —, 2/535, —



WELTWEIT RÜSTUNG, WELTWEIT KRIEGE...

Wie kann dies beendet werden?!

Am 1. September, dem Antikriegstag werden auch dieses Jahr wieder weltweit Millionen Arbeiter, Angestellte und Jugendliche demonstrieren: "Friede, Abrüstung und Entspannung!" wird als Forderung auf ihren Fahnen und Transparenten stehen. Mit der Frage "Droht ein Weltkrieg?" hat sich VORAN in einem Artikel der letzten Ausgabe auseinandergesetzt. In dieser Nummer wollen wir uns einem anderen Aspekt zuwenden: den weltweiten Rüstungsausgaben; den Kriegen der "Nachkriegszeit", die auf der Erde stattgefunden haben (also dem "Weltfrieden", falls er mal nicht von der beschränkten europäischen Warte aus gesehen wird); und der Frage, wie man diese Kriege beenden kann.

Wachsende Rüstung und wachsender Hunger...

Weltweit steigen seit 1949 die realen Ausgaben für Rüstung. Zu konstanten (!) Preisen auf der Basis von 1970 betragen sie:

Tabelle 1: Weltweite Rüstungsausgaben (konstante 1970-Preise)

1949:.....67,9 Mrd. US-Dollar
1959:.....131,7 Mrd. US-Dollar
1969:.....212,9 Mrd. US-Dollar
1979:.....278,7 Mrd. US-Dollar

(Angaben laut Internationales Friedensforschungsinstitut in Stockholm (SIPRI))

Real haben sie sich also in 30 Jahren vervierfacht. In diesem Jahr wird es weltweit die gigantische Summe von 500 Mrd. US-Dollar (zu heutigen Preisen) sein, die für militärische Zwecke ausgegeben wird. Dies ist doppelt so viel wie die weltweiten Ausgaben für Gesundheit. 75% dieser Summe werden auf die Konten der NATO und des Warschauer Paktes gehen, 15% auf das der "Dritten Welt".

8 Mio. Kinder sterben jährlich an Hunger. 660 Mio. Menschen der Dritten Welt leben in Hunger und Elend. Diese Situation hat gegenwärtig keine Hoffnung auf Verbesserung. Im Gegenteil, sie verschlechtert sich laufend. Trotzdem tauchen in den 70er Jahren beim Waffenhandel (der sich in diesem Zeitraum verdreifachte) die Länder der Dritten Welt bei zwei Dritteln aller Waffengeschäfte als Käufer auf.

Wer kämpft gegen wen?

"Wofür diese massiven Ausgaben?" könnte man fragen, "Wir haben doch Frieden..." Das täuscht! Weltweit betrachtet, verging seit 1945 kein einziges Jahr, kein einziger Monat, nicht einmal eine einzige Stunde, ohne daß irgendwo ein militärischer Konflikt im Gange war.

Wer kämpft gegen wen? Zumeist Unterdrückte gegen Unterdrückter, manchmal verschiedene Unterdrückter gegeneinander, die sich um die Beute (die Unterdrückten) streiten. Die meisten dieser Konflikte finden in der Dritten Welt statt. Die industriell fortgeschrittenen, die imperialistischen Staaten haben immer ihre Finger im Spiel.

Alleine die USA intervenierten nach eigenen amtlichen Angaben (Office of the Assistant Secretary of Defense, OASD) in den Jahren von 1958 bis 1966 insgesamt 164 mal in anderen Ländern (siehe Tabelle 2). Diese offiziellen An-

gaben sind bestimmt untertrieben!

Tabelle 2: US-Interventionen im Ausland im Zeitraum 1958-1966

Guerillakriege usw.	76
Militärkonflikte zwischen Staaten.....	15
Staatsstreich, Aufstände, Revolten usw.	73
Insgesamt.....	164

"Dritter Weltkrieg"? -
- Nein, Kolonialrevolution!!!

Seit Ende des II. Weltkriegs nahmen die militärischen Auseinandersetzungen weltweit sogar zu. SIPRI untersuchte die Statistik der "lokalen" Kriege auf der Erde zwischen 1945 und 1969 in den vier Regionen: Asien (ohne Nahost), Nahost, "Schwarzafrika" und Lateinamerika. In dem Vierteljahrhundert nach dem II. Weltkrieg war das Territorium (oder ein Teil davon) von 59 Ländern dieser vier Regionen Kriegsschauplatz. (Der I. Weltkrieg wurde in 14, der II. in 40 Ländern ausgetragen). Die Gesamtzahl der in diesen Territorien ausgetragenen Kriege ist 93 (einschließlich Europa 97). In diesen Kriegen ist nicht eine einzige Kriegserklärung abgegeben worden! Die Zahl der getöteten Menschen entspricht mit "weit mehr als 10 Millionen" fast den Opfern des II. Weltkrieges! (siehe Tabelle 3)

Tabelle 3: Gesamtdauer der lokalen Kriege nach Fünfjahresperioden

Perioden:	Gesamtdauer nach Perioden:	Durchschnitt pro Jahr:	in % der Gesamtdauer:
1945-49	25 Jahre	5,15 Jahre	10,03 %
1950-54	34 Jahre	6,74 Jahre	13,19 %
1955-59	49 Jahre	9,75 Jahre	19,07 %
1960-64	58 Jahre	11,55 Jahre	22,60 %
1965-69	90 Jahre	17,94 Jahre	35,11 %
1945-69	256 Jahre	10,22 Jahre	100,00 %

Angesichts dieser Zahlen kommt SIPRI zur Schlußfolgerung: "So entspricht die Gesamtzahl der lokalen Kriege in dieser Hinsicht einer Art von DRITTEM WELTKRIEG..." Was hier als eine Art von Drittem Weltkrieg bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit die Explosion der Befreiungsbewegungen in der gesamten Dritten Welt nach 1945! Die koloniale Revolution gegen imperialistische Ausbeutung, die Unterdrückung dieser Bewegungen durch die Großmächte, die Gegensätze zwischen Arm und Reich, zwischen Elend und Überfluß führten unaufhaltsam zu erbitterten bewaffneten Konflikten. Es wäre also richtiger, statt von "einer Art Dritter Weltkrieg" von einem weltweiten BÜRGERKRIEG zu sprechen! Dies zeigt: von einer weltweiten

"Entspannung" war zu keinem Zeitpunkt zu reden! In der kolonialen Welt herrscht laufend Krieg und Bürgerkrieg. Die Gegensätze zwischen den Klassen sind unversöhnlich. Diese Spannungen lassen sich nicht mit reformistischen Methoden wie z. B. Entwicklungshilfe, Umschuldungsverhandlungen dämpfen. Die weltweiten Ausgaben für Entwicklungshilfe betragen ohnehin nur den 15. Teil der weltweiten Militärausgaben.

...Weltbürgerkrieg geht weiter

Trotz ihrer gigantischen Rüstung waren Imperialismus und reaktionäre Diktatoren nicht in der Lage, die Befreiungsbewegungen auf Dauer in Schach zu halten. Die revolutionären Umwälzungen, die seit 1945 stattgefunden haben (in China, Osteuropa, Kuba, Syrien, Burma, Vietnam und ganz Südostasien, Angola, Mozambique, Guinea-Bissau, Nordjemen, Somalia, Äthiopien, Iran, Nicaragua usw.) und die, welche gegenwärtig im Gang oder im Anfang begriffen sind (El Salvador, Südkorea, Indien, Zimbabwe, Südafrika usw.) beweisen dies zur Genüge.

Natürlich wird der Imperialismus (trotz seiner Niederlagen) nirgendwo freiwillig weichen. Natürlich wird kein Diktator zurücktreten, ohne Gewalt anzuwenden. Deshalb geht der "Weltbürgerkrieg" mit unverminderter Schärfe weiter, wobei "eine Art von Frieden" gegenwärtig nur in Europa, Japan, Nordamerika und den stalinistischen "Ostblockstaaten" herrscht. Zur Zeit sind weltweit 37 "wichtige und sekundäre Konflikte" in Gang (US Centre for Defense Information). In diesen Konflikten kämpfen 8 Millionen Guerillas, Söldner und Regierungstruppen. Zwischen 2 und 5 Millionen Menschen (einschließlich Zivilisten) sind schon tot. Die überwiegende Mehrheit dieser Konflikte wird in der 3. Welt ausgetragen, wo hungrnde Abermillionen um eine anständige Existenz kämpfen.

Die Nord-Süd-Kommission der UNO (deren Vorsitz Willy Brandt innehat), stellte fest, daß jeder sechste Mensch obdachlos und in absoluter Armut lebt, und daß ca. 30% der Bevölkerung der Dritten Welt arbeitslos sind. Trotzdem gehe die militärische Verschwendung jährlich in Milliardenhöhe weiter. Bei jedem Pulsschlag eines (ruhigen) Erwachsenen verschwinden 60.000 DM auf Weltebene, um Militär und Rüstungsindustrie zu finanzieren. Alle 5 Minuten werden alleine in der BRD 552.000 DM für die Rüstung ausgegeben.

Wieviel könnte man bei vernünftiger Planung dieser Mittel erreichen! Alleine durch die Kosten der abgestürzten Starfighter - 800 Mio. DM! - könnte man alle (deutschen) Seen und Flüsse

von jeglicher Umweltverschmutzung und -vergiftung befreien. Für den Preis eines nuklearen U-Bootes könnte man 74.000 Familien in der Dritten Welt in neue Wohnungen unterbringen. Mit dem Preis von einem Panzer ließen sich 1000 Klassenzimmer errichten.

Es wäre utopisch zu glauben, daß die Dutzende von Befreiungsbewegungen und Bürgerkriegen, die zur Zeit im Gange sind durch "verstärkte Entspannungspolitik" zu lösen wären (wie es viele Linksreformisten in der SPD fordern). Entspannungspolitik hat zur Zeit des weltweiten Nachkriegsaufschwungs nicht funktioniert, weil sich auch in diesem Zeitraum das soziale Elend der 3. Welt verschärft. Entspannungspolitik kann in einer Periode zunehmender kapitalistischer Wirtschaftskrisen noch weniger funktionieren. Die Lasten werden auf die Dritte Welt abgewälzt. Die Folgen sind soziale Explosionen von gigantischem Ausmaß: der "Weltbürgerkrieg" wird weitergehen, bis zum Sieg der Unterdrückten (oder bis zu einem bitteren Ende!).

Abrüstung nur realistisch bei weltweiter sozialistischer Demokratie!

Was Lenin 1918 sagte, ist angesichts der Situation in der Dritten Welt heute aktueller denn je: "Die Bewaffnung der Bourgeoisie ist eine der größten, kardinalsten, wichtigsten Tatsachen der heutigen Gesellschaft." Diese Bewaffnung dient der Bourgeoisie zur Verteidigung ihrer Klassenherrschaft. Ohne diese Bewaffnung wäre sie dem Ansturm der unterdrückten Klassen hilflos ausgesetzt. Die Forderung nach ihrer Entwaffnung kann sie deshalb nur als eine lachhafte Zumutung empfinden.

Der Juso-Bundesvorstand hatte recht, als er sagte: "Frieden ist mehr als Abwesenheit von Krieg, Frieden ist die Überwindung von sozialer und politischer Unterdrückung, innenpolitisch wie im Verhältnis der Völker zueinander."

Wie ist es dann möglich, Abrüstung und Frieden zu erreichen? Wie könnte man die Ressourcen, die gegenwärtig für Rüstung verschwendet werden, positiv nutzen, um soziale und wirtschaftliche Probleme zu lösen?

Die Antwort im Rahmen eines (weltweiten) kapitalistischen Gesellschaftssystems zu finden - das ist unmöglich. Die Lösung dieses Problems mit dem Kampf für die Entmachtung des Weltkapitals (und der stalinistischen Bürokratenherrscher!) und für eine weltweite sozialistische Demokratie zu verbinden - das ist der einzige Ausweg!

**Planwirtschaft ohne Rüstung =
= Arbeitszeitverkürzung**

"Imperialismus bedeutet Krieg (und Revolution)", daran hat sich seit Lenins Zeiten nichts geändert, im Gegenteil! Nur eine demokratisch geplante weltweite Wirtschaftsordnung (ohne privilegierte und diktatorisch herrschende Bürokratie), die unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung steht, bietet überhaupt die Chance, Hunger und Elend in der Dritten Welt abzuschaffen und Kriege aller Art zu beenden.

Die Rüstungsindustrie könnte auf die Produktion nützlicher und sinnvoller Güter umgestellt werden. Schon vor einigen Jahren haben die Arbeiter der britischen Rüstungsfirma Lucas Aerospace einen alternativen Produktions-

plan ausgearbeitet. Er zeigt: ihre Fähigkeiten und die Technologie ihres Betriebes ist auch für friedliche Nutzung geeignet. Er zeigt weiter: die Arbeiter sind in der Lage, ohne kapitalistisches Management die Produktion eigenständig zu organisieren - in Selbstverwaltung. Das Vorbild der Lucas Aerospace-Befreiung ist inzwischen auch von den Beschäftigten des Vickers-Rüstungskonzerns nachgeahmt worden. Aber natürlich leistet das Management gegen diese Pläne der Arbeiter in beiden Fällen erbitterten Widerstand.

Die militärische und Rüstungsforschung könnte ohne weiteres auf die Erforschung umweltfreundlicher, arbeitsleichterer, arbeitszeitverkürzender und energie- und rohstoffsparender Produktionsverfahren umgestellt werden. In einer Planwirtschaft könnten (bei gleichem Produktionsniveau an gesellschaftlich nützlichen Gütern) allein die 2,5 Millionen Beschäftigten in Bundeswehr und Rüstungsindustrie gemeinsam mit den 1,5 Millionen Arbeitslosen dazu beitragen, die wöchentliche Arbeitszeit in der BRD auf 32 Stunden (!) zu verkürzen, falls man die vorhandene Arbeit gleichmäßig auf alle verteilt.

Doch alle diese schönen Pläne werden die Herrscher über die Welt niemals freiwillig durchführen. Sie werden sich auch nicht dazu zwingen lassen, solange sie an der Macht sind. Deshalb muß der Kampf gegen Hunger und Elend, für Frieden und Abrüstung mit dem Kampf zur Entmachtung der herrschenden Klassen und für den Aufbau einer weltweiten sozialistischen Arbeiterdemokratie verbunden werden.

VORAN Nr. 47, Aug./Sept.1980

WETTRÜSTEN - WARUM?

Die Spitze des Eisberges bei der weltweiten militärischen Aufrüstung ist der Rüstungswettlauf zwischen den USA und der UdSSR (bzw. ihren Militärblöcken NATO und Warschauer Pakt). Was sind eigentlich die Ursachen für den wahnwitzigen Rüstungswettlauf?

In Ost und West bestehen zwei fundamentale unterschiedliche und gegensätzliche Gesellschaftssysteme. Auf der einen Seite der "real existierende Sozialismus": auf der Grundlage zentraler Planwirtschaften übt eine allmächtige und privilegierte Bürokratie ihre Diktatur aus. Auf der anderen Seite stehen die "westlichen Marktwirtschaften": kapitalistisch-imperialistische Staaten unter der Herrschaft von Finanzkapital und wenigen Großkonzernen auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln. Privateigentum der hauptsächlichen Produktionsmittel ist unvereinbar mit einer zentralen Planwirtschaft. Deswegen stehen sich die Systeme unversöhnlich gegenüber. Die

Wusstet Ihr schon

Pro Sekunde werden in der BRD 1.125.- DM für Rüstung ausgegeben. Die weltweiten Rüstungsausgaben entsprechen dem Dreifachen der Gesundheitsausgaben, dem Doppelten der Ausgaben für Erziehung und Bildung und dem 30fachen der Entwicklungshilfe.

Herrschenden der beider Seiten - hier Kapitalisten, dort Bürokraten - betrachten sich gegenseitig mit äußerstem Mißtrauen.

Die Kapitalisten wissen zwar, daß die stalinistischen Diktatoren des Ostblocks nicht gerade eine magnetische Anziehungskraft auf die westlichen Arbeiter ausüben. Trotzdem geben sie sich beunruhigt über das angebliche "Moskauer Streben nach der Weltrevolution". Vor allem fürchten sie das große wirtschaftliche Potential, das (trotz Mißwirtschaft, Korruption und Fehlplanungen) in einer Planwirtschaft steckt. Je mehr Völker der Dritten Welt sich aus den Klauen des Imperialismus befreien und je öfter die Führungen dieser Befreiungsbewegungen die westlichen Konzerne enteignen und sich zwecks internationaler Unterstützung an die sowjetische Bürokratie wenden, desto größer muß der Haß der Imperialisten auf das stalinistische Weltsystem werden.

Andererseits wissen die Ostblockbürokraten genau: nur allzugerne würde der Imperialismus ihre Planwirtschaften vernichten, könnte er sich eine realistische Chance dafür ausrechnen. Sie erinnern sich: schon zweimal hat der Imperialismus die Sowjetunion angegriffen. Ab 1918 drangen 21 verschiedene Armeen von allen Seiten in Rußland ein, um den noch jungen Arbeiterstaat zu vernichten. Und 1941 überfiel der Hitlerfaschismus das Land. Beim ersten Einmarsch hatte noch keine privilegierte Bürokratie die staatliche Allmacht an sich gerissen. Die Sowjetunion war noch ein relativ gesunder Arbeiterstaat, aber geschwächt von Krieg und Revolution und ohne große militärische Macht. Begleitet von einer militä-

rischen Gegenwehr wurden die imperialistischen Truppen damals nicht zuletzt mit ideologischen und politischen Waffen zurückgeschlagen:

Die revolutionäre Regierung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte richtete Aufrufe, Flugblätter und Propaganda an die ausländischen Soldaten und an die Arbeiterklasse in deren Heimatländern, mit Aufforderungen zum Desertieren und Meutern, zu Streiks und Demonstrationen gegen den Vormarsch auf Moskau. Das zeigte Wirkung. Es zwang die Imperialisten schließlich zum Abbruch ihres Einmarsches...

Heute herrscht in der UdSSR eine privilegierte Bürokratie. Diese kann natürlich nicht mehr auf Appelle an die internationale Solidarität der Arbeiter vertrauen. Solche Appelle können aus ihrem Munde überhaupt keine Wirkung haben. Arbeiter in Ost und West haben nämlich einen gesunden Haß auf alle stalinistischen Diktatoren.

Deshalb kann sich die Sowjetbürokratie bei der Verteidigung ihrer Macht und ihres Systems (auf dem diese Macht beruht) gegen imperialistische Bedrohung nur noch auf die Stärke ihres militärischen Apparates verlassen und muß sich am gigantischen Rüstungswettlauf mit den USA beteiligen. 14% des Volkseinkommens gehen dabei drauf und hemmen eine schnellere wirtschaftliche Entwicklung.

Seit 1945 hat sich das politische und das militärische Kräfteverhältnis (bezogen auf konventionelle Waffen!) zwischen Ost (Stalinismus) und West (Imperialismus) grundlegend verändert. Entgegen den Erwartungen der Imperialisten ging der Sta-

linismus gestärkt aus dem 2. Weltkrieg hervor. Halb Europa war dem imperialistischen Einflußbereich entzogen; Osteuropa wurde nach dem Spiegelbild Moskaus umgeformt; stalinistische Staaten auf der Grundlage einer Planwirtschaft (mit einer privilegierten Bürokratie an der Spitze entstanden in Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien, der CSSR und der DDR).

Der amerikanische Imperialismus mußte retten, was zu retten war. Der Atombombenabwurf durch die USA auf Hiroshima und Nagasaki — für den militärischen Ausgang des Krieges längst nicht mehr entscheidend! — war in erster Linie ein Warnschuß gegen den "Nach-Verbündeten", die Sowjetbürokratie. Er sollte zeigen: "Seht her, was wir gegen Euch einsetzen können, wenn Ihr die unter uns abgesprochenen Einflußsphären nicht beachtet!"

Die ganze Nachkriegszeit war gekennzeichnet von einer Niederlage nach der

anderen, die der Imperialismus (trotz wirtschaftlichem Aufschwung in seinen Metropolen!) in seinen Kolonien hinnehmen mußte. Die USA, Großbritannien, Frankreich, Portugal und die anderen Kolonialmächte mußten sich militärisch aus ihren Kolonien zurückziehen (bzw. wurden nach z. T. langen Kämpfen sogar militärisch geschlagen).

Die Aufregung der westlichen Imperialisten über die "Menschenrechtsverletzungen" durch die Sowjet-Bürokraten ist total heuchlerisch. Sie haben nicht das geringste Recht, mit dem Finger darauf zu zeigen. Sie selbst können eine "stolze" Tradition von Blut, Unterdrückung und Völkermord vorweisen (Vietnam, Hiroshima!).

Für die sowjetische Bürokratie ist die atomare Bewaffnung eine Schutzvorkehrung gegen den Imperialismus, der die Atomwaffen überhaupt erst erfand und auch zuerst einsetzte.

Für die USA und die imperialistischen Mächte war die atomare Bewaffnung der Ausweg, als die Sowjetunion bei den konventionellen Waffen eine enorme Überlegenheit zu erreichen drohte.

Ebensowenig wie Reagan und die westlichen Kapitalisten sind Breschnew und die östlichen Bürokraten Sachverwalter des Friedens. Ihre Armeen sind in erster Linie Instrumente zur Aufrechterhaltung ihrer Vorherrschaftsgebiete, ihrer Macht, ihres Besitzes und ihrer Privilegien.

Sie dienen der Unterdrückung der Arbeiter, falls diese es mal wagen sollten, "rebellisch" zu werden.

Erst wenn die Arbeiter der Welt es schaffen, die Kapitalisten im Westen und die Bürokraten im Osten zu stürzen, kann das Wettrüsten endgültig beendet und die Waffenarsenale der Erde verschrottet werden.

VORAN Nr. 53, Okt./Nov.1981

Sind "Friedensverträge" zuverlässig?

Fast so alt wie die Kriege selbst sind die Versuche der herrschenden Klassen, ihre Fehden durch Reglementierung zu "vermenschlichen". Seit Ende des 19. Jahrhunderts gibt es darüber hinaus Versuche, das Rüstungspotential zu begrenzen.

Dahinter steckt die Furcht der Herrschenden aller Länder vor einer starken Belastung der eigenen Wirtschaft und vor einer sozialen Revolution, die durch einen verheerenden Krieg ausgelöst werden kann.

Während des 1. Weltkrieges mußte die herrschende Klasse die Erfahrung machen, daß gerade der Krieg der Geburtshelfer der russischen Revolution war und in ganz Europa die Flammen der Revolution aufloderten. Aus Angst vor dieser Revolution verkündete der amerikanische Präsident Wilson im Januar 1918 die "Demokratische Weltrevolution". Er forderte die Gründung eines Völkerbundes für Europa zur Schaffung des Weltfriedens. Offiziell wurde der Völkerbund dann auch auf der Versailler "Friedenskonferenz" 1919 gegründet.

Der deutsche Kapitalismus war nicht bereit, das Versailler Friedensdiktat mit den hohen Reparationszahlungen und Gebietsabtrennungen auf Dauer hinzunehmen. An Krieg war jedoch vorerst nicht zu denken. Deshalb verfolgte der deutsche Imperialismus in der Weimarer Republik die Strategie, mit seinen Rivalen Frieden zu schließen, um alle Hände frei zu haben für eine militärische Aufrüstung.

Deutschland unterzeichnete 1925 mit Frankreich, Belgien und Großbritannien den Sicherheitspakt von Locarno. Darin wurde die ausdrückliche Verpflichtung abgelegt, "in keinem Fall zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zum Krieg gegeneinander zu schreiten."

Vor Unterzeichnung dieses Vertrages teilte Reichskanzler und Außenminister Stresemann dem ehemaligen deutschen Kronprinzen schriftlich mit,

daß der Kriegsverzicht gegen Frankreich zur Rückgewinnung Elsaß-Lothringens "aber insoweit nur theoretischen Charakter hat, als keine Möglichkeit eines Krieges gegen Frankreich besteht."

In demselben Brief werden entgegen der öffentlichen Friedensbetonung "3 große Aufgaben" der deutschen Außenpolitik formuliert:

1. "Lösung der Reparationsfrage in einem für Deutschland erträglichen Sinn";
2. "Befreiung der 10 bis 12 Millionen Deutschen, die unter fremdem Joch in fremden Ländern leben";
3. "Korrektur der Ostgrenzen".

Das war die Kriegserklärung des deutschen Imperialismus gegen ganz Europa, lange bevor Hitler an der Macht war.

Der gleiche Stresemann hielt anläßlich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund 1926 eine flammende Rede für den Frieden. Er warnte insgeheim vor der "Utopie, mit dem Bolschewismus zu kokettieren" und unterzeichnete gleichzeitig mit Stalin 1926 einen deutsch-sowjetischen Freundschaftsvertrag.

Hitler setzte in den ersten Jahren nach seiner Machtergreifung diese Taktik fort. Im Oktober 1933 bekundete Hitler in einem "Aufruf an das deutsche Volk" den "Willen, eine Politik des Friedens, der Versöhnung und der Verständigung zu betreiben". 1934 unterzeichneten Hitler und der polnische Diktator Pilsudski einen Nichtangriffspakt. 1935 schloß Hitler mit England ein Rüstungsbegrenzungsabkommen über Kapazitäten bei U-Booten und der Hochseeflotte. 1939 kommt es schließlich zum Hitler-Stalin-Pakt, der den gegenseitigen Nichtangriff und die Aufteilung Polens zum Inhalt hatte.

Kein einziger Vertrag hinderte den Hitler-Faschismus daran, nach Schaffung der politischen Voraussetzungen

und der militärischen Stärke sämtliche Verträge zu brechen und einen barbarischen Krieg anzuzetteln.

Doch auch bei den übrigen kapitalistischen Staaten konnte die Mitgliedschaft im Völkerbund und der Abschluß verschiedener internationaler Verträge nicht über ihre kriegerischen Absichten hinwegtäuschen.

1921/22 einigten sich die Großmächte (ohne Deutschland) auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz auf die Festsetzung ihrer Flottenstärken, die Garantie des Besitzstandes im Pazifik und die Souveränität Chinas. 1928 kam es zum Abschluß des Briand-Kellog-Paktes, der bis 1929 von 54 Staaten unterzeichnet wurde. Alle verpflichteten sich zur Ächtung des Krieges.

Anfang 1930 fand in London eine Flottenkonferenz der Großmächte statt. Vereinbart wurde der Verzicht auf den Bau neuer Schlachtschiffe bis 1936 und die Beschränkung im U-Boot-Bau.

Aber weder Völkerbund noch Friedens- und Abrüstungsverträge verhinderten den Krieg Japans gegen China ab 1931, die Eroberung Abessinien (heutiges Äthiopien) durch Italien oder den Krieg zwischen den USA und Japan ab 1941.

Ein weiteres Beispiel für die Nichteinhaltung internationaler Abkommen ist das Genfer Protokoll von 1925. Darin wurde in Anbetracht der verheerenden Auswirkungen von Senfgas und Gelbkreuz im 1. Weltkrieg das Verbot erstickender und anderer Gase für Kriegszwecke beschlossen. Dies hinderte England nicht daran, Senfgas im 2. Weltkrieg einzusetzen, abgesehen davon, daß der Hitler-Faschismus in den Konzentrationslagern Millionen von Menschen durch Gase tötete.

Trotz des völligen Scheiterns des Völkerbundes wurde nach dem 2. Weltkrieg wiederum die Mißgeburt einer Friedensorganisation ins Leben gerufen — die UNO. Trotz ihres Anspruchs "kommende Generationen von der Geißel des Krieges zu befreien" gab es seit dem 2. Weltkrieg bisher über 200 Kriege auf der Welt mit 25 Millionen Todesopfern.

Wie kann sich die Friedensbewegung durchsetzen?

Reichen Appelle und Demonstrationen aus?

Die ungebremste Aufrüstung auf der Welt bei gleichzeitiger Sparpolitik im sozialen Bereich, NATO-Atomraketen, Neutronenbombe, blühender Waffenhandel, die scharfe US-amerikanische Reaktion auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan – all dies hat in der Bundesrepublik eine neue Friedensbewegung in Gang gesetzt.

Rüstung und Krise

Schon vor dem 1. und 2. Weltkrieg gab es ähnliche Bewegungen mit ähnlichen Forderungen und Vorsätzen. Das Massenmorden konnte dadurch jedenfalls nicht verhindert werden. "Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise und die sozialen Schwierigkeiten – das wird immer klarer – haben ihre Ursache im wesentlichen im ständigen Wettrüsten," heißt es in dem von linken Sozialdemokraten initiierten "Bielefelder Appell". Also sind Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und soziale Konflikte maßgeblich auf das Wettrüsten zurückzuführen? Und nicht mehr auf die grundlegenden Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsordnung? Ist es nicht so, daß gerade die Jagd nach Profit in dieser chaotischen Marktwirtschaft zu all den Mißständen führt, die wir jeden Tag am eigenen Leibe spüren? Sicher, die Verschwendung von Unsummen für die Rüstung hemmt die Wirtschaftsentwicklung und verschärft die Krise. Aber wenn das Wettrüsten die hauptsächliche Ursache für Krisen und soziale Schwierigkeiten wäre – warum leiden dann andere Länder mindestens ebenso stark an der Wirtschaftskrise wie die BRD, obwohl sie (im Verhältnis zu ihrer Wirtschaftskraft) viel weniger für die Rüstung ausgeben? Japan beispielsweise hat viel geringere Rüstungsausgaben und gleichzeitig 3 Millionen Arbeitslose! Auch Dänemark und Italien geben einen geringeren Prozentsatz des Bruttosozialprodukts für das Militär

aus und haben doch höhere Arbeitslosen- und Inflationsraten.

Das Wettrüsten ist nicht die Ursache für Wirtschaftskrisen. Die Verschwendung von Material und Arbeitskräften stellt allerdings eine riesige wirtschaftliche Belastung dar, was unseren Lebensstandard drückt. Dem Wettrüsten liegen in erster Linie politische Ursachen zugrunde. Solange im Westen eine kleine Minderheit von Kapitalisten und im Osten die stalinistische Bürokratie herrschen, wird es in ihrem Interesse liegen, sich gegen ihren jeweiligen "inneren" (= die Arbeiter) und "äußeren" Feind aufzurüsten. Oder hat jemals in der Geschichte eine herrschende Klasse oder Clique freiwillig auf ihre Macht verzichtet?

Und gerade in der Wirtschaftskrise sehen sich die Kapitalisten gezwungen, ihren Militär- und Polizeiapparat weiter aufzurüsten. Sie wissen, daß die Arbeiter sich auf Dauer nicht den ganzen Lebensstandard wegnehmen lassen und bereiten sich somit auf schärfere Auseinandersetzungen vor.

10 Prozent abrüsten?

"Mit zunehmender Aufrüstung wird ein neuer Krieg wahrscheinlicher. Abrüstung vermindert die Kriegsgefahr. Eine 10%ige Senkung der Rüstung ist schon ein erster wichtiger Schritt."

Auch diese Meinung ist weit verbreitet. Natürlich sollten wir um jede Mark Einsparung an den Rüstungsausgaben kämpfen, die einer Erhöhung der Sozialausgaben zugute kommt. Aber die Kriegsgefahr sinkt nicht automatisch mit den Rüstungsausgaben. Denn selbst bei einer 50- oder gar 80%igen Abrüstung in aller Welt wäre immer noch genug Waffenpotential vorhanden, um die ganze Menschheit auszurotten.

Die Kapitalisten führen nicht Kriege, weil sie Waffen haben. Sie schmieden sich Waffen, weil

für sie der Krieg nur eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln darstellt.

Und wenn es im Interesse der Kapitalisten liegt, Kriege zu führen, dann gäbe es ja auch ohne die Militärmaschinerie auf der Welt immer noch genug andere potentielle Mordwerkzeuge.

Rüstungslobby

Sicher haben die Rüstungskonzerne ein besonderes, nahe liegendes Interesse an der Aufrüstung.

Die Rüstungslobby hat auch schon Verträge durchgesetzt, die selbst vom bürgerlichen militärischen Standpunkt aus unsinnig sind. Durch ihren starken Einfluß hat die Rüstungsindustrie oft die Bundeswehr mit Geräten und Waffen "versorgt", die sofort (und nicht erst nach ein paar Jahren) verschrottet werden konnten. Doch an ihrem handfesten Interesse alleine kann es nicht liegen, wenn auferüstet wird. Wären die anderen Kapitalisten wirklich so friedliebend, würden sie dann nicht gemeinsam die Rüstungsindustrie stützen? – Mit Moral läßt sich diese Frage nicht klären.

Der einzelne Rüstungskapitalist ist nicht brutaler oder bössartiger als seine "Kollegen" aus anderen Branchen auch. Vielleicht ist er sogar richtig nett zu seiner Familie. Ihm geht es in erster Linie um seinen Profit. Wenn er aus der Produktion von "Friedensengel" für den Weihnachtsbaum oder Bibeln mehr Profit heraus schlagen könnte, würde er wohl dort einsteigen. Aber weil alle Kapitalisten ein gemeinsames Interesse an der Verteidigung ihrer Macht und ihres Besitzes haben, kommt für sie eine entscheidende "Abrüstung" nicht in Frage.

"Ostpolitik" und "Entspannung"

Viele aktive Kollegen in der "Friedensbewegung" können sich noch an die große Begeisterung für die Brandt'sche Ostpolitik vor

10 Jahren erinnern und fordern eine Rückkehr zur guten alten "Entspannungspolitik" der 70er Jahre. Damals verkörperte die Regierung Brandt die Hoffnungen von Millionen auf ein neues Zeitalter von Frieden und Fortschritt.

Und sicherlich müssen wir alle Verbesserungen in den Reise-möglichkeiten und menschlichen Kontakten unterstützen und begrüßen, daß mit dem Anspruch der CDU/CSU auf die "Ostprovinzen" endlich Schluß gemacht wurde.

Eine Tendenz zum friedlichen Nebeneinander zwischen den Herrschenden in Ost und West gibt es schon seit 1945. Natürlich brauchen die westlichen Kapitalisten zu ihrer Rechtfertigung das Feindbild des bösen, aggressiven Russen und das abschreckende Beispiel eines Sozialismus ohne elementare Rechte und Freiheiten. Und die stalinistischen Bürokraten drohen ihren Arbeitern gegenüber mit der imperialistischen Militärmaschinerie und rechtfertigen damit ihre totalitäre Herrschaft.

Trotz aller Propagandaphrasen und Feindbilder haben die Mächtigen in Ost und West eines gemeinsam: Die Angst vor der Revolution in irgendeinem Industrieland, die zu einer echten Arbeiterdemokratie führen würde. Denn das würde die Arbeiter der anderen Länder begeistern und wäre somit der Anfang vom Ende für Kapitalismus und Stalinismus.

Kapital für "Aussöhnung"

Dieselben Großkapitalisten und Bankiers, die Hitler an die Macht gebracht und seinen Krieg gegen die Sowjetunion unterstützt hatten, entdeckten Ende der 60er Jahre ihr Interesse an einer Aussöhnung mit dem Osten. Das Geschäft mit Osteuropa bestimmte auch hier die politische Linie, und bundesdeutsche Industrielle begleiteten Willy Brandt 1970 zur Unterzeichnung des Moskauer Vertrages. Wenn die DKP den österreichischen Kanzler Kreisky als eifrigen Ostpolitiker lobt, dann sollten wir nicht vergessen, daß Österreich fast ein Fünftel seines Außenhandels mit dem Osten abwickelt.

Nato und Europa

Die NATO beansprucht, ein Bündnis zur Verteidigung der Freiheit zu sein und hat doch die Militärdiktaturen in Portugal und

Griechenland ebenso unterstützt wie jetzt das türkische Regime. Daher fordern manche einen Austritt aus der NATO und die Neutralität für die BRD. Doch die beste "Neutralität" würde im Falle eines Weltkrieges nichts zählen. Sie ist keine Garantie dafür, daß ein Staat von der nuklearen Katastrophe verschont bliebe. Viele Kollegen sind besonders angewidert von der blutbefleckten amerikanischen Tradition des Völkermordes. Die europäischen Kapitalisten sind auch keineswegs demokratischer und friedliebender als die amerikanischen. Doch sie waren früher als Kolonialherren und Steigbügelhalter faschistischer Regime nicht weniger zimperlich. Nicht "Euro-Neutralismus", sondern die Einheit der Arbeiter in Europa und Nordamerika muß deshalb die Forderung lauten.

Wer kontrolliert die Waffen?

Solange Waffen hergestellt und verbreitet werden, werden in einer Klassengesellschaft die Herrschenden immer wieder zu ihnen greifen, um ihren Willen gewaltsam durchzudrücken. Unser Ziel muß aber eine gewalt- und

"Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"

**Karl Liebknecht
1915.**

klassenlose Gesellschaft ohne Waffen sein. Dies können wir nur dann erreichen, wenn die Arbeiterbewegung die Kontrolle über die Herstellung und Verbreitung aller Waffen in die eigene Hand nimmt. Erst dann wird eine allgemeine und wirkliche Abrüstung möglich.

Den in der Rüstungsindustrie beschäftigten Kollegen darf die Friedensbewegung keine (auch nur unterschwellig) moralischen Vorwürfe machen, sie seien mitschuldig an der Unterdrückung der Arbeiter in Chile und anderswo. Wir werden auch ihren Kampf um die Verteidigung der Arbeitsplätze unterstützen. Diesen Kollegen müssen wir eine sozialistische Perspektive anbieten, um ihren Arbeitsplatz zu erhalten und die Produktion auf sinnvolle Güter umzustellen.

Das hohe atomare und son-

stige Waffenpotential zeigt einen grundlegenden Widerspruch auf: die Entwicklung des Kapitalismus hat ungeheure Kräfte freigesetzt und eine Technologie geschaffen, die die Menschheit jetzt knallhart vor die Alternative stellt: entweder bekommen wir diese Technologie in den Griff und nutzen sie planvoll zum Wohle der Menschheit aus, oder wir überlassen sie weiterhin dem chaotischen System der Kapitalisten (und den Ostblockbürokraten) und riskieren dadurch die Zerstörung aller menschlichen Kultur. Deshalb ist die Friedensfrage gleichzeitig eine Machtfrage.

Arbeiterbewegung

Und wenn schon viele Kollegen mit uns der Ansicht sind, daß letztlich nicht Unterschriften und Kundgebungen, sondern nur der geballte Druck der Arbeiterbewegung eine echte Abrüstung erzwingen kann – dann müssen wir sie fragen: warum sollen wir dann die breite Mobilisierung nur auf diese eine Frage der Abrüstung begrenzen? Warum nicht gleich weitergehen und das ganze kapitalistische System abschaffen und durch eine sozialistische Demokratie mit Arbeiterkontrolle und -verwaltung ersetzen?

Daß neben den vielen zehntausenden von Jugendlichen, Gewerkschaftern und Sozialisten auch viele Persönlichkeiten von außerhalb der Arbeiterbewegung und Abtrünnige aus bürgerlichen Parteien für Frieden und Abrüstung auf die Straße gehen, hat die bürgerlichen Politiker und Journalisten sehr empört. Dies darf aber keinesfalls heißen, daß wir uns solchen Leuten wie Mechttersheimer oder den verschiedenen Pastoren kritiklos unterzuordnen haben. Denn letzten Endes werden nicht Appelle und Demonstrationen über die Frage Krieg oder Frieden entscheiden, sondern der Ausgang der vor uns liegenden schweren Klassenkonflikte. Die Alternative heißt:

SOZIALISMUS ODER ATOMKRIEG!

Profite für die Konzerne – Verschwendung von Arbeitskraft und Material

Die Produkte der Rüstungsindustrie tragen nichts – absolut nichts! – zum persönlichen Wohlstand jedes Einzelnen bei. Bomben kann niemand essen, Napalm niemand trinken, chemische Waffen düngen keine Felder, Panzer sind keine Vergnügungskutschen und Düsenjäger sind keine Massentransportmittel. Rüstungsproduktion ist Produktion für den Schrottplatz.

Rüstungsindustrie und Bundeswehr entziehen ca. 5% der arbeitsfähigen Bevölkerung einer wirklich produktiven Tätigkeit. Sie müssen von den übrigen 95% der Erwerbstätigen mitversorgt werden.

Mehr als eine halbe Million Wissenschaftler und Techniker arbeiten weltweit für die Waffentechnik. Das ist ca. die Hälfte des gesamten wissenschaftlichen Personals.

In einem Land mit einer starken Rüstungsindustrie ist oftmals das reine Profitinteresse der Rüstungskonzerne ausschlaggebend für Rüstungsaufträge.

So war die Produktion von Starfightern selbst nach Aussage des damaligen Verteidigungsministers Strauß militärisch völlig unsinnig. Trotzdem wurden sie gebaut.

1958 lief bei der Rüstungsfirma Dornier die Produktion des Flugzeuges D027 aus. Da kein Anschlußauftrag vorhanden war, forderte Dornier von der Regierung den Auftrag zur Entwicklung eines Senkrechtstarters. Der Bedarf dafür war aber bei der Bundeswehr nicht vorhanden. Nachdem das Projekt 2 Milliarden DM Steuergelder verschlungen hatte, wurde es eingestellt.

Waffensysteme werden auf Bestellung produziert. Sie haben keinen Marktpreis. Dem Rüstungskonzern werden alle

Die BRD hat die höchsten Zuwachsraten im Waffenenexport. Seit die allgemeine Wirtschaftskrise auch die Rüstungsindustrie erfaßt hat, verlangt die Rüstungslobby (und leider auch rechte Betriebsräte) die Freigabe von Exportbeschränkungen im Waffenhandel.

Dabei haben die Bossé längst Wege gefunden, die Exportschranken zu umgehen: über Lizenzproduktion im Ausland, Gemeinschaftsproduktion mit ausländischen Rüstungsbetrieben und durch Zweigwerke im Ausland. So konnte Messerschmidt-Bölkow-Blohm über eine französische Tochterfirma von 1977



entstandenen Kosten zurückerstattet. Zusätzlich wird ein Gewinnaufschlag von 2,5% bis 5% der Nettoselbstkosten bezahlt. Je höher also die Selbstkosten, desto höher der Profit. Und wer kann die Selbstkosten schon kontrollieren? Wen wundert's, wenn das neue Kampfflugzeug MRCA Tornado bei Produktionsbeginn auf 26,4 Millionen DM veranschlagt wurde und jetzt bereits 80 Millionen kosten soll?

Mit Waffen läßt sich bei der hohen Weltnachfrage natürlich auch im Export ein Geschäft machen. Dabei kümmern sich die Konzerne auch nicht um die sozialen und politischen Verhältnisse in diesen Ländern. Sie liefern an Militärdiktaturen wie auch an jedes Lager von befeindeten Staaten (Beispiel Nord- und Südkorea, Israel und Araber). Ein Bielefelder Unternehmen lieferte sogar an die Sowjetunion Maschinen zur Waffenproduktion.

1978 war die BRD mit einem Umfang von 1,4 Milliarden US-Dollar fünftgrößter Waffenexporteur.

bis 1979 ca. 32.000 Panzerabwehrraketen an die Welt verschachern.



Gewerkschafter ergreifen die Initiative:

Alternativen zur Rüstungsproduktion

Daß Rüstungsbetriebe ohne weiteres auf zivile Produktion umgestellt werden können, ist längst bewiesen. Das beste Beispiel dafür lieferte bisher die Belegschaft des britischen Rüstungskonzerns LUCAS-AEROSPACE. Als der Konzern Ende der 60er Jahre in eine Krise geriet und die Arbeitsplätze bedroht waren, ergriff die gewerkschaftliche Vertrauensleute-Körper die Initiative: er arbeitete unter Beteiligung aller Beschäftigten einen Plan für eine alternative Produktion aus.

In kurzer Zeit waren bei LUCAS-AEROSPACE Ideen für 150 verschiedene Produkte entstanden, die mit den vorhandenen Maschinen und Fertigkeiten hergestellt werden konnten. Zu den Produktionsvorschlägen gehören medizinische Geräte, verbesserte und billigere künstliche Nieren, neuartige Energiespeicher, Wärmepumpen mit hohem Wirkungsgrad, ein Universal-Antriebsaggregat für verschiedene Fahrzeugtypen mit um 50% verringertem Treibstoffverbrauch und erheblich geringerer Lärmentwicklung, ferngesteuerte Roboter und Tiefsee-Forschungsgeräte. Einige Prototypen sind bereits in Erprobung.

"Jobkiller" in den entsprechenden Branchen. Das ist auch den Kollegen von MaK Kiel bewußt. Wegen der drohenden Arbeitslosigkeit für Tausende von Landarbeitern in der Dritten Welt wollen sie die Idee der Bananen-Pflück-Maschine nicht mehr weiterverfolgen. Dasselbe Problem stellt sich natürlich bei der führerlosen Lokomotive.

Kollegen von MaK Kiel, die den Panzer "Leopard 2" mitbauen müssen, haben bereits folgende alternativen Produkte in die Diskussion gebracht: führerlose Lokomotiven, Meerestechnik zur Mangan-Knollen-Förderung und eine Bananen-Pflück-Maschine. So produktiv diese Vorschläge sind, werfen sie doch unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen entscheidende Fragen auf.

Die Arbeiter bestimmen nämlich nicht selbst, was produziert wird. Außerdem sind die vorgeschlagenen Maschinen oft

Drastische Senkung der Arbeitszeit für alle, Wegfall von unmenschlichen und gesundheitsschädigenden Arbeiten, erhebliche Beschränkung der Schichtarbeit — das alles rückt mit der Verwirklichung alternativer Produktion und der Einführung der bereits bekannten neuen Techniken (Beispiel Mikroprozessoren) in greifbare Nähe.

Es erfordert aber die Ablösung des privatkapitalistischen Profitsystems durch eine Planwirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung.

Wir fordern:

Unser Programm für den Stop der Rüstungsproduktion heißt deshalb:

- * Verstaatlichung der Rüstungs- und Atomindustrie.
- * Leitung der Betriebe durch demokratisch gewählte Aufsichtsräte, die sich etwa wie folgt zusammensetzen können:
 - ein Drittel Vertreter der Belegschaft;
 - ein Drittel Vertreter des DGB;
 - ein Drittel Vertreter des Staates.
- * Die Aufsichtsratsmitglieder dürfen nicht mehr verdienen als ein Facharbeiter und müssen jederzeit wieder abwählbar sein.
- * Sofortiger Stop aller Rüstungsexporte.

* Radikale, einseitige und bedingungslose Abrüstung jetzt.

* Stilllegung aller atomtechnischen Anlagen.

* Umstellung der Rüstungsindustrie auf alternative und gesellschaftlich nützliche Produktion.

* Keine Entlassungen. Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle arbeitsfähigen Menschen, 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust für alle.

* Auflösung der Bundeswehr und Einsatz aller Soldaten und Bundeswehrbeschäftigten bei produktiver Arbeit und bei einem garantierten Mindestlohn von 1.500.- DM für alle.

Kann ein 3. Weltkrieg verhindert werden?

Waffen, Armeen und Kriege sind so alt wie die Klassengesellschaften. Mit dem Staat haben sich die herrschenden Klassen ein Instrument geschaffen, um Macht und Besitz nach innen und nach außen hin abzusichern. Der "Staat" — das sind "besondere Formationen bewaffneter Menschen" samt ihren sächlichen Anhängseln (wie Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art). So drückten es Friedrich Engels und Karl Marx aus. Der Staat existiert, um die bestehende Gesellschaftsordnung im Interesse der Herrschenden zu verteidigen.

Im 1. Weltkrieg stritten sich die Kapitalisten um Absatzmärkte, Kolonien und Rohstoffe. Diesen Krieg mußten die Herrschenden 1918 wegen der revolutionären Stimmung unter den europäischen Arbeitern (die durch den Krieg selbst hervorgerufen worden war!) rasch beenden. Außer in Rußland siegte jedoch die Arbeiterklasse in der durch den Weltkrieg verursachten europaweiten revolutionä-

ren Welle in keinem einzigen Land. In den 20er und 30er Jahren erlitt die internationale Arbeiterbewegung demoralisierende Niederlagen (Italien, Deutschland, Spanien, Österreich...). Erst diese Niederlagen machten den Weg frei für das Massenmorden des 2. Weltkrieges. Aus diesem Krieg ging jedoch der Imperialismus geschwächt hervor: Er verlor halb Europa und in den Jahren seither auch China und etliche andere Länder der "Dritten Welt". Das internationale Kräfteverhältnis hat sich zu ungunsten des Imperialismus verschoben. Daran können auch noch so scharfe Worte der US-Regierung nichts ändern.

Natürlich ist die Gefahr eines erneuten Weltkrieges grundsätzlich nicht gebannt, solange der Kapitalismus weiterbesteht. Aber die herrschende Klasse weiß, daß sie bei dem heutigen internationalen Waffenpotential höchstwahrscheinlich einen Weltkrieg nicht überleben würde. Und selbst wenn sich die Herren und Da-

men in Atombunkern verkrüechen würden und eine theoretische Überlebenschance hätten — wer soll dann noch für das Kapital arbeiten, wenn wir — die Arbeiter — alle ausgerottet sind?

Solange in den westlichen Industrienationen noch eine bürgerliche parlamentarische Demokratie herrscht, wird dieses System der "Gewaltenteilung" mit seiner gegenseitigen Kontrolle verhindern können, daß einzelne hochgestellte Personen im Staats- und Militärapparat "durchdrehen" und "durch Knopfdruck" den heißen Atomkrieg auslösen. Es steht für die Kapitalisten zu viel auf dem Spiel, als daß sie nicht durch ein ausgeklügeltes Kontrollsystem einem "Weltkrieg aus Zufall" vorbeugen würden.

Ein "begrenzter" und "führbarer" Atomkrieg mag durchaus in den Hirnen militärischer Fachidioten und rechter Politiker herumspuken. Doch selbst wenn dies technisch machbar wäre, ist es politisch völlig unvorstellbar, daß sich die

amerikanischen Kapitalisten vor den Augen ihrer Bevölkerung und vor den Völkern der "verschonten" Welt die atomare Zerstörung der Sowjetunion und anderer Länder leisten könnten. Das würde zu Generalstreiks und revolutionären Situationen führen und wäre somit der politische Selbstmord des Imperialismus!

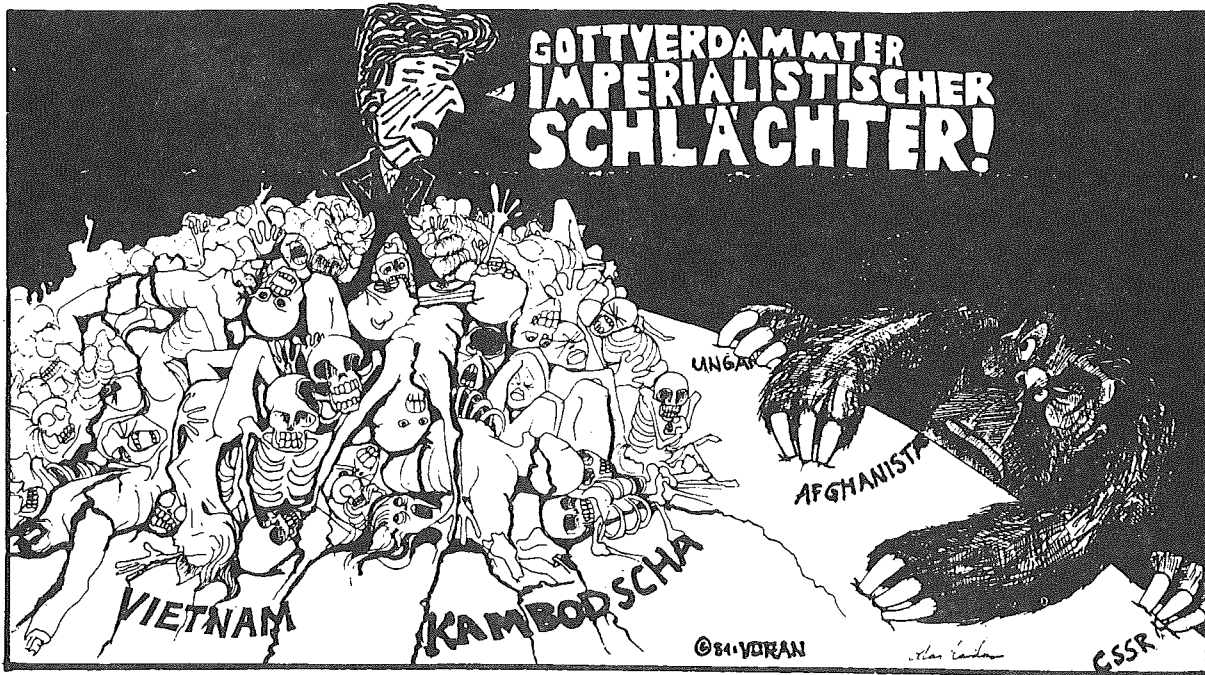
Mit dem zunehmenden wirtschaftlichen Niedergang des Kapitalismus werden sich in den nächsten Jahren die Klassenkämpfe in allen westlichen Ländern verschärfen. Die Arbeiterklasse wird

wiederholt die Chance haben, den Kapitalisten die Macht zu entreißen und eine sozialistische Demokratie zu erkämpfen.

Wenn sie aber diese Gelegenheiten verpaßt, dann droht eine Niederlage für die Arbeiterbewegung und die Machtergreifung einer brutalen Militärdiktatur. In ihrer Verzweiflung könnte die herrschende Klasse die Macht einigen blutrünstigen Generalen in die Hand geben. Ein Hitler oder ein Pinochet, der Zugang zum atomaren Waffenpotential hat, könnte den "atomaren Erstschatz" und

den "totalen Krieg" anordnen — und damit die Zerstörung der gesamten Menschheit in greifbare Nähe rücken.

Deshalb ist für die Zukunft der gesamten Menschheit von entscheidender Bedeutung: Wird die Arbeiterklasse aus den in den nächsten beiden Jahrzehnten unvermeidlich ausbrechenden Klassenkämpfen siegreich hervorgehen? Wird sie den Übergang zu einer weltweiten sozialistischen Demokratie vollbringen, um dann eine 100%ige Abrüstung durchführen zu können und Kriege aller Art in die Vergangenheit zu verbannen?



„Ost-West-Konflikt“

VORAN Nr. 53, Okt./Nov.1981

Woher kommt das Wettrüsten?

Treffen die Aussagen Rosa Luxemburgs heute überhaupt noch zu, werden sich viele fragen. Schließlich gibt es heute außer Kapitalismus und Imperialismus auch noch den „real existierenden Sozialismus“ auf der Welt.

Durch die Russische Revolution 1917 hatte der Imperialismus eine erste schwere Niederlage erlitten. Nach dem 2. Weltkrieg war halb Europa dem imperialistischen Einflußbereich entzogen. Osteuropa wurde nach dem Vorbild Moskaus umgeformt.

Dadurch bestehen heute in Ost und West zwei fundamental unterschiedliche Gesellschaftssysteme. Auf einer Seite übt eine allmächtige und privilegierte Bürokratie ihre Diktatur auf der Grundlage einer zentralen Planwirtschaft aus. Auf der anderen Seite stehen die „westlichen Marktwirtschaften“: kapitalistisch-imperialistische Staaten

unter der Herrschaft von Finanzkapital und wenigen Großkonzernen auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln. Privateigentum der hauptsächlichlichen Produktionsmittel ist unvereinbar mit einer zentralen Planwirtschaft. Deswegen stehen sich die Systeme unversöhnlich gegenüber.

Die Kapitalisten wissen zwar, daß die stalinistischen Diktatoren des Ostblocks nicht gerade eine magnetische Anziehungskraft auf die westlichen Arbeiter ausüben. Trotzdem geben sie sich beunruhigt über das angebliche „Moskauer Streben nach der Weltrevolution“. Vor allem fürchten sie das große wirtschaftliche Potential, das (trotz Mißwirtschaft, Korruption und Fehlplanungen) in einer Planwirtschaft steckt.

Andererseits wissen die Ostblockbürokraten genau: nur allzu gerne würde der Imperialismus ihr System vernichten, könnte er sich eine realistische Chance dafür ausrechnen. Sie erinnern sich: Schon zweimal hat der Imperialismus die Sowjetunion angegriffen. 1920 drangen 21 verschiedene

Armeen von allen Seiten nach Rußland ein, um die noch junge Sowjetunion zu vernichten. 1941 überfiel Hitler das Land. Bei der ersten Intervention 1920 hatte noch keine privilegierte Bürokratie die staatliche Allmacht an sich gerissen. Die Sowjetunion war noch ein relativ gesunder Arbeiterstaat, aber geschwächt von Krieg und Revolution und ohne große militärische Macht. Damals wurden die imperialistischen Truppen nicht zuletzt mit ideologischen und politischen Waffen zurückgeschlagen:

Die revolutionäre Regierung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte richtete Aufrufe, Flugblätter und Propaganda an die ausländischen Soldaten und an die Arbeiterklasse in deren Heimatländern, mit der Aufforderung zur Desertation und Meuterei, zu Streiks und Demonstrationen gegen den Vormarsch auf Moskau. Das zeigte Wirkung. Es zwang die Imperialisten schließlich zum Abbruch ihrer Operation.

Heute herrscht in der UdSSR eine privilegierte Bürokratie. Diese kann natürlich nicht mehr auf

Appelle an die internationale Solidarität der Arbeiter vertrauen. Solche Appelle können keine Wirkung haben. Arbeiter in Ost und West haben einen gesunden Haß auf stalinistische Diktaturen.

Zur Verteidigung ihres Systems gegen imperialistische Bedrohung verläßt sich die UdSSR-Bürokratie deshalb lieber auf militärische Mittel. Darum muß sie den gigantischen Rüstungswettlauf mitmachen. 14% des Volkseinkommens der UdSSR gehen dabei drauf und hemmen eine schnellere wirtschaftliche Entwicklung.

Beide Systeme haben riesige Waffenarsenale angehäuft und beide benutzen die ständige Bedrohung durch einen „Angriff“ als ein Mittel, um die eigene Arbeiterklasse zu verwirren und einzuschüchtern. Insofern stützen sich diese Systeme gegenseitig.

Letztenendes ist die einzige Garantie für einen dauerhaften weltweiten Frieden der Sturz der Kapitalisten im Westen und der Bürokratie im Osten und die Schaffung einer weltweiten sozialistischen Demokratie.

8. Mai 1945 — 40 Jahre Befreiung vom Faschismus

Imperialistischer Krieg statt Kreuzzug für die Demokratie

Für CDU-Generalsekretär Heiner Geißler besteht kein Anlaß, den „Sieg des Kommunistischen Sozialismus über den Faschismus zu feiern“. Der CDU-Fraktionschef hat auch keine Lust: „Katastrophen kann man nicht feiern“. Mehrere Dutzend christlicher Abgeordneter werden nicht zur Feierstunde ins Parlament kommen. Und Ronald Reagan möchte zwar eine Propaganda-Show im Bundestag abziehen, aber ein KZ will er doch lieber nicht besuchen — wahrscheinlich aus Rücksicht auf die Gefühle seiner christdemokratischen Statthalter. „Zusammenbruch“ und „Katastrophe“ — so sehen es vor allem die Rechten, die mit der herrschenden Klasse verbunden sind. DGB und SPD feiern demgegenüber den Untergang des Faschismus und die Wiedergeburt der deutschen Arbeiterbewegung.

Und sie haben Recht damit. Die Arbeiterorganisationen und die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse waren das politische Hauptziel der Nazi-Zerstörungsmaschinerie. Als das Wirtschaftssystem sich in einer Sackgasse befand, war eine kapitalistische „Lösung“ nur auf Kosten der Arbeiter möglich (Lohnstopp, Massenarbeitslosigkeit, Reformabbau). Dazu mußten die Gewerkschaften und Arbeiterparteien mit Hilfe paramilitärischer Kräfte zerschlagen werden. Wie Fritz Thyssen erklärt hat, wenn es um Gewinne geht: „Demokratie für uns heißt — nichts!“.

Kleinbürgerliche Basis

Die Nazis wurden durch das Großkapital finanziert und aufgebaut, um die Arbeiterbewegung in Organisationsgrad und politischer Stärke mindestens um ein halbes Jahrhundert zurückzuwerfen, um sie ihrer Organisationen und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Kader zu berauben. Ihre Massenbasis bestand ganz überwiegend aus kleinbürgerlichen Schichten (die damals noch einen relativ großen Teil der Bevölkerung ausmachten): Bauern, durch die Krise ruiniertes Mittelstand, Beamte, Händler. Später gewannen die Nazis auch viele Arbeitslose, die in ihrer Verzweiflung einen Ausweg suchten. Doch richtig faßten die Nazis in der Arbeiterbewegung nie Fuß, schon gar nicht in der organisierten. Selbst bei den Betriebsratswahlen 1934 (also

schon keine freien Wahlen mehr) bekamen die Nazis miserable 3%!

Sozialismus oder Faschismus

Auch Arbeitslose und Mittelschichten hatten sich in den früheren Kämpfen der 20er Jahre an den Arbeiterparteien orientiert. Doch sowohl SPD als auch KPD versagten vor der Alternative „Sozialismus oder Faschismus“. Die KPD-Führer waren durch ihr ultra-linkes Sektierertum verantwortlich für die Orientierungslosigkeit der Arbeiter. Statt eine Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern gegen die Faschisten zu bilden, beschimpften sie sie als „Sozialfaschisten“. Sie verbündeten sich sogar mit den Nazis gegen die SPD in Preußen! Dieser Wahnsinn war eine Folge ihres blinden Gehorsams gegenüber der privilegierten Bürokratie in Moskau, die Angst vor einer Revolution und dem Beispiel einer Arbeiterdemokratie im Westen hatte.

KPD-Führer Ernst Thälmann verkündete im September 1932: „In seiner Broschüre über die Frage 'Wie wird der Nationalsozialismus zerschlagen?' gibt Trotzki immer eine Antwort: 'Die deutsche KP muß ein Bündnis mit den Sozialdemokraten schließen...'. In der Bildung dieses Bündnisses sieht Trotzki den einzigen Weg zur Rettung der deutschen Arbeiterklasse vor dem Faschismus. Entweder bildet die KP ein Bündnis mit der Sozialdemokratie, oder die deut-

sche Arbeiterklasse ist für 10 bis 20 Jahre verloren. Dies ist die Theorie eines total verrotteten Faschisten(!) und Konterrevolutionärs. Diese Theorie ist die schlechteste Theorie, die gefährlichste Theorie und die kriminellste, die Trotzki in den letzten Jahren seiner konterrevolutionären Propaganda konstruiert hat“. Jetzt wissen wir, warum es heute keine KP mehr gibt!

Internationales Kapital

Nicht nur die deutsche, sondern auch die britische und amerikanische Schwerindustrie halfen bei der Wiederaufrüstung Deutschlands. Und als 1934 der britische Konzern Vickers Ltd. Munition an die Nazis lieferte, erklärte der Vickers-Chef: „Wir tun nichts ohne die Zustimmung unserer eigenen Regierung“. Das Nazi-Regime konnte sich stabilisieren durch finanzielle Unterstützung von der „Bank of England“, deren Chef große Kredite an den Faschismus als „eine Investition gegen Bolschewismus“ rechtfertigte.

Der Mythos von Churchill als „Verfechter der Demokratie“ ist eine Lüge. Seine wahre Einstellung zur Diktatur gegen die Arbeiter wurde von ihm selbst klargemacht. Am 20. Januar 1927 in Rom war er voller Lob für Mussolini:

„Ich bin sicher, wäre ich ein Italiener gewesen, so wäre ich mit ganzem Herzen vom Anfang bis zum Ende mit Dir in Deinem triumphalen Kampf gegen den bestialischen Hunger und die Leidenschaften des Leninismus gewesen. Außerlich hat Deine Bewegung der ganzen Welt einen Dienst erwiesen. Die große Angst, von der die demokratischen Führer sowie die Führer der Arbeiterklasse besessen waren, war immer, von jemandem, der extremer war als sie, gefährdet zu werden. Italien hat gezeigt, daß es einen Weg zur Bekämpfung der subversiven Kräfte gibt, der die Masse der Bevölkerung — richtig geführt — zum Wunsch leiten kann, die Ehre und Stabilität der zivilisierten Gesellschaft zu verteidigen. Sie hat das notwendige Gegengift zum russischen Gift. Hiernach wird keine große Nation mit dem direkten Schutzmittel gegen das krebserregende Wachstum des Bol-

schewismus unversorgt bleiben."

„Krieg gegen den Faschismus“?

Der zweite Weltkrieg war kein Krieg „gegen den Faschismus“ oder „für das Vaterland“, sondern ein rein imperialistischer Krieg wie der 1914-18. Gefangen im Sumpf der Weltwirtschaftskrise, suchte jede herrschende Klasse einen Ausweg auf Kosten der anderen. Sowohl die „New Deal“-Politik in Amerika (staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) als auch die Arbeitsprogramme im Hitler-Deutschland führten zu steigender Inflation. Die Abschottung der nationalen Märkte führte zum Handelskrieg, der, verbunden mit Aufrüstung, unvermeidlich den bewaffneten Kampf um Märkte zur Folge hatte.

Hitler hat den Krieg begonnen. Aber auch ohne ihn wäre es zu diesem militärischen Konflikt gekommen, dessen letzter Anstoß die Wirtschaftskrise Ende 1937 war. In diesem Jahr sank die Industrieproduktion sogar stärker als 1929, in Amerika um 27% in drei Monaten. Der Krieg war hauptsächlich ein Kampf von Hitler-Deutschland gegen die Sowjetunion. Die Briten und Amerikaner ließen Hitler freie Hand in der Hoffnung, das kapitalistische System könnte in der Sowjetunion wiederhergestellt werden. Dadurch wollten sie die Früchte des Sieges ernten, und das geschwächte Deutschland beherrschen.

Hitlers Vorbereitung auf den Krieg, seine Besetzung des Rheinlands, Wiederaufrüstung, der Anschluß Österreichs und der Einmarsch in die Tschechoslowakei wurden von den britischen Kapitalisten unterstützt. Erst 1939, als der deutsche Imperialismus die wirtschaftlichen Interessen des britischen und französischen Imperialismus auf dem Weltmarkt bedrohte, entdeckten unsere „Verteidiger der Menschheit“ die Verbrechen der deutschen und italienischen Militaristen.

Erst 1944 eröffneten sie eine zweite Front im Westen, um die siegreiche Rote Armee daran zu hindern, ganz Europa zu überrennen. Der militärische Erfolg der UdSSR zeigte die Überlegenheit der Planwirtschaft, und nicht etwa die Überlegenheit von Stalins strategischem Genie. Ganz im Gegenteil. Der Einmarsch der Deutschen in Rußland traf ihn völlig überraschend. Das Land war schutzlos, denn Stalin hatte kurz vorher die Mehrzahl seiner Generäle im Rahmen einer politischen Säuberung erschießen lassen. Die beiden Unterzeichner des „Hitler-Stalin Pakts“ sind ge-

meinsam verantwortlich für die 20 Millionen toten Arbeiter und Bauern in Rußland.

Die Alliierten mußten den Krieg als „Kreuzzug gegen Faschismus“ ausgeben, weil die britischen und amerikanischen Arbeiter keine Lust auf einen weiteren imperialistischen Krieg hatten. Die nationalistische Propaganda hatte nach der schrecklichen Erfahrung von 1914-18 keine große Wirkung. Roosevelt brauchte wegen der Opposition der amerikanischen Arbeiter 3 Jahre, bis er in diesen Krieg eintraten konnte. Deswegen mußte er den japanischen Angriff gegen Pearl Harbour organisieren, um die ganze imperialistische Räuberei als „Verteidigungskrieg“ darstellen zu können. Kriegsmminister Stimson berichtete später über die geheime Entscheidung im Weißen Haus am 25.11.1941: „Die Frage war, wie sollen wir sie (die Japaner) in die Position manövrieren, daß sie den ersten Schuß abgeben, ohne Gefahr uns zu entlarven?“

Wenn es wirklich ein „Kreuzzug für die Demokratie“ gewesen wäre, warum haben diese demokratischen Helden auf ihrem Marsch durch Europa die faschistischen Regimes in Spanien und Portugal nicht umgestürzt? Tatsächlich hatten sie Franco während des Bürgerkrieges geholfen, die demokratischen Rechte der Arbeiter zu vernichten, und das Franco Regime wurde in den 50er Jahren nur durch massive amerikanische Investitionen vor dem Zusammenbruch gerettet. Und was für eine merkwürdige Befreiungsbewegung war die britische Armee, die hunderte Millionen Menschen in den Kolonien unterdrückte?

Die großen „Befreier“ verachteten die deutsche Bevölkerung. Warum machten sie keinen Appell an die Deutschen, an ihrem „demokratischen Kreuzzug“ teilzunehmen? Zum Beispiel haben die französischen Trotzkiisten großen Einfluß auf die deutschen Soldaten in Paris durch ihre Zeitung „Arbeiter und Soldat“ gewinnen können! Aber um Gottes Willen! Die Deutschen hätten eine Revolution gegen Hitler machen können! Die italienischen und belgischen Arbeiter versuchten dasselbe und wurden von den Briten bombadiert oder entwapnet. Um ganz sicher zu sein, schlachtete der Massenmörder Churchill die Bevölkerung Dresdens ab, um die Großstadtbevölkerung zu entmutigen und sie vor dem Ergreifen eigener Initiativen zu warnen.

Die amerikanische Industrie wollte die Produktionsanlagen ihrer deutschen Konkurrenten demontieren, die ganze Industrie im Ruhrgebiet stilllegen und einen Großteil der Bevölkerung einfach wegschaffen. Der ameri-

kanische Finanzminister Morgentau: „Sie einfach körperlich wegschaffen. Und es macht mir gar nichts aus, diesen Vorschlag genauso unbarmherzig zu formulieren, wie seine Ausführung notwendig ist...Ich kümmere mich nicht darum, was aus der Bevölkerung des Ruhrgebietes wird.“ Das wahre Kriegsziel der Alliierten war eine Neuauftellung des Weltmarkts auf Kosten der deutschen Kapitalisten. Und genau das machten sie in Jalta.

Der Krieg war eine Katastrophe für den Imperialismus. Statt den deformierten Arbeiterstaat Rußland zu erledigen, wurde eine Stärkung des Stalinismus erreicht. Das weltweite Kräfteverhältnis verschob sich zuungunsten der Imperialisten. Sie mußten akzeptieren, daß die Hälfte Europas für den Kapitalismus verloren war.

Auch dies ist übrigens nicht Stalins „revolutionärer Initiative“ zu verdanken. Die Moskauer Bürokratie plante ursprünglich, einen „Sicherheitsgürtel“ bürgerlich demokratischer, entmilitarisierter Staaten zu bilden. Doch leider waren alle Bürgerlichen mit dem Rückfluten der Nazis geflohen und das hatte zum Zusammenbruch der bürgerlichen Ordnung geführt. In dieses Vakuum stießen die Arbeiter, die selbst die Initiative ergriffen — im Rücken die einzige bewaffnete Kraft: die Rote Armee. Trotz aller Bemühungen Moskaus, Volksfrontregierungen mit Bürgerlichen zu bilden, mündete die Entwicklung in den von der Roten Armee besetzten Gebieten doch sehr schnell in den Aufbau entarteter Arbeiterstaaten nach russischem Muster.

Die Alliierten bekamen aber wenigstens Stalins Zustimmung, die andere Hälfte Europas gegen den revolutionären Willen der Arbeiter zu verteidigen. Deswegen verriet Stalin die griechische Revolution und zwang seine Marionettenparteien, den Kapitalismus durch Volksfrontregierungen in Italien, Frankreich und Belgien zu retten.

Heute sind wir alle „demokratische Alliierte“ und Dank der NATO hat es keinen Krieg mehr gegeben — oder? Aber, auf was für eine merkwürdige Art und Weise verteidigen die türkischen Folterer die „Demokratie“! Oder die faschistische Diktatur im NATO-Land Portugal bis zur Revolution 1974. Und wie hat der von der NATO geplante Militärputsch 1967 in Griechenland der Demokratie geholfen? Wie hat der von der NATO organisierte türkische Krieg gegen Zypern 1974 dem Frieden geholfen? Der CIA hat Pinochet 1973 geholfen, eine demokratisch gewählte Regierung im Blut von 50.000 Arbeitern zu ertränken. Ist diese Schreckensherrschaft auch eine Demokratie?

Vor 50 Jahren wurde durch den Hitler-Stalin-Pakt der Weg in den 2. Weltkrieg eröffnet

Es sind nunmehr 50 Jahre seit den Ereignissen im Spätsommer 1939 vergangen, als das für viele Kommunisten, Sozialisten und klassenbewußte Arbeiter Unglaubliche geschah: Die „Führer“ des faschistischen Deutschland und der „sozialistischen“ Sowjetunion, Hitler und Stalin, schlossen einen Nichtangriffspakt. Einige Tage später folgte ein Freundschaftsvertrag. Damit öffneten sie den Vorhang für das größte Massenschlachten, das die Geschichte je gesehen hat – den Zweiten Weltkrieg.

Kriege entstehen nicht aus dem Größenwahn einzelner Regierungschefs. Sie sind Ausdruck der inneren Widersprüche eines Systems, so auch der Zweite Weltkrieg. Schon der erste Weltkrieg war ein Versuch gewesen, den Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Grenzen des Nationalstaates zu lösen. Die enorme Menge von Waren, die in den einzelnen entwickelten Industrienationen produziert wurde, verlangte nach neuen Absatzmärkten. Außerdem war, um die Profite zu steigern, der Zugang zu den billigen Rohstoffquellen der Kolonialländer nötig.

Es war das Verhängnis der deutschen Industrie- und Finanzmagnaten, daß sie bei der Verteilung der Welt zu spät gekommen waren und ohne Expansion der Erstickungstod drohte. Als aufstrebender, in Europa nunmehr stärkster kapitalistischer Staat wurden sie in ihrem Expansionsdrang eingeeignet: im Osten vom russischen Reich, im Westen vom niedergehenden französischen Kapitalismus und auf Weltebene durch das britische Empire. Das Kriegsende 1918 führte zunächst zum Zusammenbruch der Weltmachtbestrebungen der herrschenden Klasse in Deutschland. Doch die Angst vor dem eigenen Proletariat, das seinen revolutionären Willen in einer ganzen Serie von Streiks und Aufständen bewiesen hatte und über starke Organisationen verfügte, brachten Teile des Kapitals zu der verzweifelten Entscheidung, auf Hitlers Banden zu setzen.

Die Zerschlagung der Arbeiterbewegung reichte jedoch nicht aus. Denn das Problem der wirtschaftlichen Ausdehnung konnte nur durch die Revision der Entscheidungen des Versailler Vertrages von 1919 gelöst werden. Die Initiative für die Neuaufteilung der Welt ging ein zweites Mal von deutschem Boden aus. „Deutschland ist gegenwärtig keine Weltmacht“, aber „Deutschland wird wieder Weltmacht werden, oder es wird aufhören zu existieren.“ (Hitler)

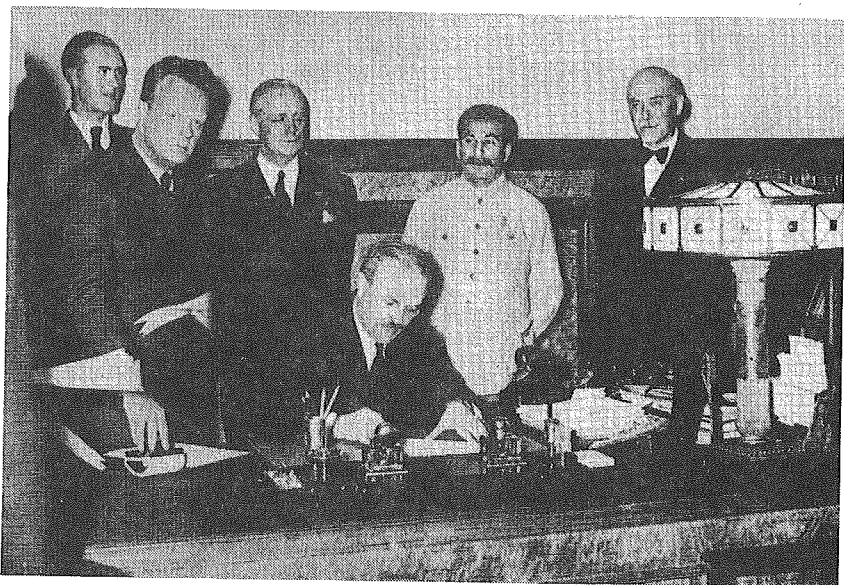
Auch die italienischen Kapitalisten waren zu spät gekommen, und so hetzten die neuen Plünderer aus Deutschland und Italien die Völker in den Krieg gegen die alten wohlhabenden Kolonialreiche Großbritannien und Frankreich, deren Arbeiter die Quellen des Reichtums ihrer herrschenden Klasse zu verteidigen hatten.

Die stärkste imperialistische Macht waren die USA. Anders als Deutschland zu Beginn des Jahrhunderts oblag den USA die Aufgabe, nicht nur Euro-

pa, sondern die ganze Welt im Interesse des Kapitals zu „organisieren“. Zwei Drittel des Weltbestands an Gold befanden sich in amerikanischen Tresoren. Riesige Aufrüstungsprogramme wurden aufgelegt, um die Weltmachtstellung zu behaupten und auszubauen. Die Marine sollte stärker sein als die beiden nächststärksten Flotten zusammen. 1941 wurde die Rüstungsproduktion um 200% gesteigert. In absoluten Zahlen lag sie jedoch mit 4,5 Mrd. Dollar noch hinter Deutschland (6,5 Mrd. Dollar) und der Sowjetunion (8,5 Mrd.

In Wirklichkeit kämpften die imperialistischen „demokratischen“ Staaten für die Verteidigung oder den Ausbau ihrer eigenen Privilegien und Einflußsphären und nicht um das Vaterland oder das bürgerlich-parlamentarische System zu verteidigen. England, Frankreich, Belgien und Holland stützten sich auf die Unterjochung der kolonialen Völker. Die „Demokratie“ der USA nutzte den ganzen amerikanischen Kontinent als eigenen Besitz. Die riesigen Kriegslasten wurden den Kolonialvölkern aufgebürdet.

Außerdem zeigte sich gerade im Krieg, wie instabil demokratische Systeme sind. Sie waren das erste Opfer des Krieges. Der Krieg stärkte die reaktionärsten Institutionen und Gruppen in allen imperialistischen Ländern. Generalstäbe, Polizei, Geheimdienst, nationalistische, faschistische Banden und die offizielle Kirche wurden in den Dienst von Kriegslegitimationen und innerer Repression gestellt. Der Krieg



Die Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes löste Verwirrung und tiefe Bestürzung in der internationalen Arbeiterbewegung aus.

Dollar). Doch schon 2 Jahre später hatte sich die Situation grundlegend geändert: die US-Kriegsproduktion wurde weitere 733% hochgepuscht.

„Kampf für Demokratie“?

Während die Goebbel'sche Propagandamaschinerie die militärische Expansion durch die „nationale Vereinigung“, den „Gewinn von Lebensraum im Osten“ oder rassistische Parolen zu rechtfertigen suchte, ließen die anderen kriegführenden Mächte die Arbeiter für den heiligen Kreuzzug der Demokratie verbluten. „Großbritannien und die USA hatten für das universalistische Prinzip der Demokratie gekämpft, ein Prinzip, das es jedem Staat ermöglichen sollte, die Regierungsform zu wählen, unter der seine Angehörigen leben wollten“ (Zitat aus Diesterweg Schulbuch).

wird so genutzt, um sich der inneren Gegner zu entledigen. Die Bourgeoisie handelt nach der Maxime: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land.“ Sie ist jederzeit bereit, unter dem verstärkten äußeren und inneren Druck eines Krieges die bürgerlich-demokratischen Freiheiten und Prinzipien aufzugeben – und hat es getan. Trotzki warnte vor dem Ablenkungsversuch von Churchill, Roosevelt und ihren Vertretern z.B. in den Medien, die Ursachen des Krieges allein auf den deutschen Faschismus und letztlich auf die krankhafte Psyche Hitlers zu reduzieren:

„Die demokratischen Regierungen, die Hitler seinerzeit als einem Kreuzritter gegen den Bolschewismus zujubelten, machen ihn jetzt zu einer Art Satan, unerwartet aus den Tiefen der Hölle losgelassen, der die Heiligkeit der Verträge, der Grenzen und aller Regeln verletzt.“

Gäbe es Hitler nicht, würde die kapitalistische Welt wie ein Garten blühen. Was für eine elende Lüge! Dieser deutsche Epileptiker mit einer Rechenmaschine in seinem Schädel und unbegrenzter Macht in seinen Händen ist nicht vom Himmel gefallen ..."

„Appeasement-Politik“

Großbritannien hatte lange Zeit das Aufkommen des Faschismus gegen den Bolschewismus, aber auch gegen die exzessiven Ansprüche Frankreichs unterstützt. Die britische Regierung versuchte sich zunächst durch Zugeständnisse zu Lasten anderer (Österreich, Tschechoslowakei) vom Krieg freizukaufen. Diese „Appeasement-Politik“, zuletzt fixiert im „Münchener Abkommen“, sollte eine „Ära des Friedens“ zwischen Chamberlain und Hitler sichern. Doch Hoffnungen, selbst wenn sie durch internationale Verträge abgesichert erscheinen, mußten vor den angestauten Widersprüchen des Weltmarktes zerplatzen.

Ein Sieg Deutschlands über die westeuropäischen Alliierten hätte das Kräfteverhältnis zuungunsten der USA verschoben. Deutschland im Bündnis mit Japan und dem gesamten europäischen Kontinent als logistische Basis und Ressourcenquelle – ein Schreckensbild, stark genug, um die USA zu veranlassen, Frankreich und Großbritannien, aber auch die UdSSR militärisch zu unterstützen. Die UdSSR erhielt über 13.000 Kampffahrzeuge, 2300 Geschütze, 500.000 LKW's und 15.000 Flugzeuge. Die innerimperialistischen Wider-

mit auch außenpolitisch gefährdet und labil.

Am Vorabend des 2. Weltkrieges war sie jedoch gefährdeter denn je, obwohl sie in nur 2 Jahrzehnten ihrer Existenz zu einer Großmacht angewachsen war. Die Schwäche konnte nicht mehr allein der objektiven Lage zugeschrieben werden. Sie war Produkt der seit Mitte der 20er Jahre herrschenden Bürokratie, die sich wie ein schwerer Schleier auf alle Poren der Planwirtschaft legte und sie zu ersticken drohte. Mißwirtschaft, Korruption und Fehlplanung, Zentralisierung, Dezentralisierung und erneute Rezentralisierung führten zu starken wirtschaftlichen Hemmnissen und Effizienzverlusten. Eine Auswirkung war die Kollision – statt harmonischer, aufeinander abgestimmter Entwicklung – zwischen landwirtschaftlichem und industriellem Sektor. Allein die blinden Gewalt- und Zwangsmethoden der Kollektivierung hatten zur Folge, daß die Getreideernte von 835 Millionen Zentnern auf 700 Mio., Zucker von 1,8 Mio. Tonnen auf 0,7 Mio. zurückging. Die Zahl der Pferde sank um 55%. Hornvieh verminderte sich um 40%, Schweine um 55% und Schafe sogar um 66%. Die Agrarproduktion war um ein Jahrzehnt zurückgeworfen worden.

In der Folge starben 3,5 Mio. Menschen an Hunger und etwa die gleiche Zahl kam in den stalinistischen Straflagern um. Darüberhinaus war die Verteilung der Güter zwar demokratischer und gerechter als unter dem Zaren organisiert, doch die herrschende Bürokratie verschlang einen großen Teil des

der Bürokratie die Macht erobert hatte, war er darauf bedacht, sie zu erhalten und zu verteidigen. Soziale Unruhen, Streiks, Aufstände oder Revolutionen der Arbeiterklasse in anderen Ländern gefährdeten diese Macht.

Zum einen erinnerten sie die sowjetische Arbeiterklasse an die eigenen revolutionären Traditionen und an die Aufgabe, sich der über sie erhobenen parasitären Kaste zu entledigen. Wenn nur in einem entwickelten Land mit einer mächtigen Arbeiterklasse der Kapitalismus gestürzt und ein relativ demokratischer und gesunder Arbeiterstaat errichtet worden wäre, hätte das unmittelbar die Kremloligarchie infrage gestellt. Zum anderen störten Kämpfe der Arbeiterklasse die bestehenden Kräfteverhältnisse zwischen den Mächten und damit den Wunsch der sowjetischen Außenpolitik, den internationalen status quo (bestehenden Zustand) zu erhalten.

Diesen materiellen Interessen der sowjetischen Bürokratie entsprach die von Stalin im Herbst 1924 verkündete Theorie vom „Sozialismus in einem Land“. Sie stellte eine grundlegende Abkehr von der leninistischen Politik dar, die noch in den ersten Jahren von der Komintern und der sowjetischen Diplomatie verfolgt worden war. Für Lenin und die anderen Sowjetführer war klar, daß die Verteidigung der Sowjetunion eine Teilaufgabe zur Erreichung der Weltrevolution war, diese Verteidigung wiederum entscheidend von der Ausbreitung der Revolution abhing. „Wir wußten damals: Unser Sieg wird nur dann ein Sieg sein, wenn unsere Sache in der ganzen Welt den Sieg davonträgt, denn wir hatten unser Werk ausschließlich in der Erwartung der Weltrevolution begonnen.“ (Lenin 1920)

Die entscheidende Waffe der Verteidigung war die internationale Arbeiterklasse, die schon im Bürgerkrieg ihren Beitrag zur Niederlage der Interventionstruppen geleistet hatte (z.B. den Rückzug der britischen Armee erzwang).

Rolle der Diplomatie

Klar war jedoch auch, daß es, solange die Weltrevolution in den meisten Ländern noch nicht gesiegt hatte, zu dem notwendigen Handwerkszeug eines Arbeiterstaates gehörte, alle zwischenstaatlichen Instrumente wie Diplomatie oder Handel einzusetzen. Es handelte sich hierbei um einen aufgezwungenen Rückzug und der Arbeiterstaat sollte während der Ebben des internationalen Klassenkampfes als „Truppensammelplatz der Weltrevolution“ dienen.

Einen permanenten Kriegszustand mit der kapitalistischen Welt vom Sowjetstaat zu fordern, ohne Wirtschafts- oder sonstige Abkommen, wäre ultralinkes Abenteuerum gewesen. Aus dieser Defensivposition jedoch eine Politik unabhängig vom Niveau des Kampfes der internationalen Arbeiterbewegung zu machen und aus ihr gar eine Theorie auf lange Sicht zu entwickeln, hieß der Revolution den Dolch in Rücken zu stoßen. Genau dies war der Inhalt vom „Sozialismus in einem Land“ und der „friedlichen Koexistenz.“

Die Folge: Revolutionäre Situatio-



Der deutsche Angriff auf Polen am 1. September 1939 war der Beginn des 2. Weltkrieges.

sprüche waren zeitweilig stärker als die zwischen dem Kapitalismus und der Planwirtschaft.

Probleme der Sowjetbürokratie

Die Sowjetbürokratie hatte grundlegend andere Probleme als die Herrschenden der imperialistischen Staaten. Zwar hatte sich die Sowjetrepublik nach der erfolgreichen sozialistischen Revolution und dem Sieg über die Interventionstruppen auf internationaler Ebene etabliert. Doch durch das Ausbleiben der Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern blieb die UdSSR in ihrer wirtschaftlichen Rückständigkeit isoliert und da-

Volkeinkommens. Sie stellte ca. 15–20% der Bevölkerung, verbrauchte aber die Hälfte des gesellschaftlichen Reichtums.

Doch trotz volkswirtschaftlicher Verschwendung und grausamer Repressalien durch die stalinistische Clique blieb die Planwirtschaft eine gewaltige Errungenschaft der russischen, aber auch der internationalen Arbeiterklasse.

Die Außenpolitik der SU

Die Außenpolitik ist die Fortsetzung der Innenpolitik und wird wie sie im Dienst der Interessen der jeweils herrschenden Klassen oder Schichten gemacht. Seitdem Stalin als Repräsentant

nen wurden, anfänglich durch politische Fehler, später jedoch durch bewußt gefällte Entscheidungen der Sowjetführung in einem halben Dutzend der wichtigsten Länder Europas und Asiens verpaßt: Der deutsche Oktober 1923, der Generalstreik in GB 1926, die chinesische Revolution 1925–27, die Krise in Deutschland 1930–33, die spanische Revolution 1931, der asturische Bergarbeiterstand 1934, der spanische Bürgerkrieg 1936/37 und der Generalstreik mit Fabrikbesetzungen in Frankreich 1936.

Die strategisch-politische Ausgangsposition des isolierten Sowjetrußland

Über Doppelagenten wurde fingiertes belastendes Material vom Chef der deutschen Sicherheitspolizei, Heydrich, angefordert, was dieser – nach Absprache mit Hitler – promptly lieferte. Daraus ging hervor, daß der Chef der Roten Armee, Marschall Tuchatschewski, mit deutschen Offizieren gemeinsam einen Staatsstreich gegen Stalin vorbereite. So war der Vorwand für die folgende Liquidationswelle geschaffen.

Die Bürokratie arbeitete gründlich. Keine Armee hatte zuvor so viele höhere Kommandeure in Kriegszeiten verloren, wie die Rote Armee am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Alle führen-

die daraus entstehende revolutionäre Gefahr verhindern und gleichzeitig Zeit für die militärische Stärkung gewinnen zu können. Eine Bündniskoalition mit Frankreich und Großbritannien gegen Deutschland hätte die Gefahr eines sofortigen Angriffskrieges gegen die Sowjetunion verstärkt, jedoch nicht die Vertragstreue der „Entente“-Partner garantiert.

Außerdem bot der deutsch-sowjetische Vertrag den Vorteil der Reduzierung der Gefahr einer japanischen Intervention. Durch die Westoffensive der deutschen Truppen war es für den japanischen Imperialismus strategisch



Die Bevölkerung der Sowjetunion hatte im 2. Weltkrieg die meisten Todesopfer zu beklagen. Das Land war völlig verwüstet worden.

hätte sich im Falle auch nur einer einzigen gelungenen sozialistischen Revolution grundlegend verbessert. Doch dies entsprach nicht den Interessen der stalinistischen Herrschaft.

Vernichtung der Opposition

Wirtschaftliche Ineffizienz einer Planwirtschaft ohne Arbeiterkontrolle und -verwaltung und das bewußte Abbremsen des weltrevolutionären Prozesses waren entscheidende, aber nicht die einzigen Beiträge, die die KPdSU zur Schwächung der Verteidigungskraft der Sowjetunion geleistet hat. Um die Herrschaft innerhalb des Landes abzusichern, wurde eine riesige Vernichtungswelle oppositioneller Kräfte eingeleitet. Die politische, militärische, diplomatische und wissenschaftliche Blüte des Landes fiel ihr zum Opfer. Nach der Enthauptung von Partei- und Staatsapparat durch Internierung und Vernichtung hunderttausender Kommunisten, der Liquidierung der Mehrheit des Lenin'schen ZK wurden Militär und Diplomatie gesäubert. Die Rote Armee war die letzte Festung, die Stalin hätte gefährden können.

Die Marschälle der Roten Armee wurden beschuldigt, auf eine Niederlage der Sowjetunion und die Restauration des Kapitalismus hinzuarbeiten.

den Militärwissenschaftler, drei von fünf Sowjetmarschällen, 13 von 19 kommandierenden Generälen, 110 von 135 Divisions- und Brigadekommandeuren, die Hälfte aller Regimentskommandeure und die meisten politischen Kommissare wurden hingerichtet.

Insgesamt wurden in den Jahren 1937 bis 1938 allein 40.000 Offiziere und zwischen September 1938 bis zum Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 mindestens weitere 80.000 ermordet. Viele Niederlagen an den Fronten, wie heute sogar von offiziellen Quellen zugegeben wird, sind auf den akuten Mangel an qualifizierten Kommandeuren zurückzuführen.

Hitler wußte, daß es Jahre benötigte, um den zerschlagenen Militärkader wieder aufzubauen und hatte damit den Rücken im Osten frei, um zunächst den Krieg im Westen gewinnen zu können. Die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion bekam solidere Grundlagen ...

Der am 23. August 1939, also nur 22 Monate vor dem Angriff Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion von Hitler und Stalin unterzeichnete Nichtangriffspakt löste Ungläubigkeit, Verwirrung und tiefe Bestürzung in der internationalen Arbeiterbewegung aus. Die stalinistische Bürokratie erhoffte sich durch den Vertrag, den Krieg und

günstiger, sich ebenfalls gegen die britischen, französischen und niederländischen Kolonien in Südostasien zu wenden. Insofern bildete der japanisch-sowjetische Neutralisationsvertrag vom 13. April 1941 lediglich die Ergänzung zum russisch-deutschen.

Der Hitler-Stalin-Pakt war ein Geflecht verschiedener Verträge. Ein Wirtschaftsabkommen sicherte der deutschen Wehrmacht die Lieferung kriegswichtiger Rohstoffe, unter anderem 900.000 Tonnen Erdöl, eine Million Tonnen Getreide und 300.000 Tonnen Roheisen. Die Bezahlung seitens der deutschen Regierung wurde verschleppt, teilweise überhaupt nicht geleistet.

Geheimes Zusatzprotokoll

Von größerer Bedeutung war allerdings ein geheimes Zusatzprotokoll, dessen Existenz von der sowjetischen Bürokratie bis vor wenigen Wochen geleugnet worden ist. In dem Protokoll wurde die Aufteilung Polens und des Baltikums festgelegt. Nach dem Einmarsch der Roten Armee in die vom Vertrag als „sowjetische Interessenssphären“ erklärten Gebiete wurden dort die Kapitalisten enteignet und damit eine soziale Revolution von oben durchgeführt. Der Grund und Boden wurde zwangsweise kollektiviert. Das

Baltikum, Bessarabien und die Nord-Bukowina wurden zwangsweise gegen den Willen der Bevölkerung in die Sowjetunion eingegliedert. Dieses und die spätere Unterdrückung der nicht-russischen Völker durch Stalin ist eine der Gründe für die nationalen Bewegungen, die die Sowjetunion heute erschüttern. Der NKWD (Sicherheitsdienst der Sowjetunion) errichtete eine Terrorherrschaft, um ein bürokratisches System künstlich und undemokratisch aufpflanzen zu können.

Die Verstaatlichung der Produktionsmittel und die Zerschlagung des Großgrundbesitzes war eine relativ fortschrittliche Maßnahme, denn sie schuf die Möglichkeit, die Wirtschaft zu planen und so die Produktivkräfte gezielt und schnell zu entwickeln. Doch die stalinistische Art der Umwälzung provozierte die Opposition der Bevölkerung. Das führte soweit, daß große Teile der ukrainischen Bevölkerung den Einmarsch der deutschen Armee als Befreiung begrüßten, bevor sie den wirklichen Charakter der Naziherrschaft erkannten.

Reaktionen

Der Hitler-Stalin-Pakt führte selbst bei den Beschäftigten der Komintern (Kommunistische Internationale), die längst an die opportunistische Anpassung ihrer Sektionen an die Politik und die jeweiligen Wendungen und Winkelzüge des Kreml gewohnt waren, zu Panikreaktionen. Von 1934/35 an hatte die Kremlbürokratie und ihr willfähiges Instrument, die Komintern, ein „Bündnis der Demokratie“, eine Volksfront mit den imperialistischen Demokratien gegen den faschistischen Aggressor propagiert. Und nun, als der Krieg unmittelbar bevorstand, wechselten sie ins Lager der Faschisten.

In der Sowjetunion hatte man Massen von Oppositionellen ausgerottet mit der Begründung, sich an der von Stalin erfundenen, angeblich „trozkistisch-faschistischen Verschwörung“ beteiligt zu haben. Und nun schloß Stalin selbst auf höchster Ebene mit Hitler einen Vertrag! Die Propaganda beschwor die feste Freundschaft zwischen dem deutschen und dem russischen Volk und jegliche Kritik am Faschismus wurde untersagt. Selbst Charlie Chaplins Film „Der große Diktator“, der bereits angekündigt worden war, durfte nicht gezeigt werden.

Kommunisten und Arbeiter auf der ganzen Welt wurden desorientiert und demoralisiert. In allen Sektionen kam es zu Massenausritten und politischer Inaktivität. In Frankreich traten 21 von

72 Parlamentsabgeordneten aus der KPF aus. Am 2. September stimmte die KP noch für die Kriegskredite, und die Fraktionsmitglieder gingen in die Armee, um gegen den Faschismus zu kämpfen. Einige Tage später änderte die Partei die Linie, unterstützte Hitlers „Friedensangebote“ und die Parteiführung dessertierte aus der Armee.

In Deutschland waren nicht nur Massenausritte, sondern auch ein massiver Rückgang der Widerstandstätigkeit zu verzeichnen. Im Juni 1940 konstatierte der Bericht der Gestapo, daß von organisierter Widerstandstätigkeit keine Rede mehr sein kann.

Die stalinergebene deutsche Parteiführung betrachtete den Pakt als genialen Schachzug Stalins und erhoffte sich einen Rückgang der staatlichen Unterdrückung und die Freilassung ihres Vorsitzenden Ernst Thälmanns. Das Gegenteil war der Fall: Stalin kam einer Aufforderung Ribbentrops nach und lieferte 800 Antifaschisten und Kommunisten aus den westsibirischen Lagern an die deutschen Faschisten aus!

Stalin war Hitlers bester Verbündeter, indem er die UdSSR in eine gefährliche Lage manövrierte und das wichtigste Instrument im Kampf gegen den Krieg, die Komintern, politisch zerschlug, noch bevor sie 1943 formal aufgelöst wurde. Bis zuletzt glaubte Stalin an Hitlers Versprechungen und seine Vertragstreue. Zum 60. Geburtstag Stalins hatte Hitler ein Glückwunschtelegramm gesandt, in dem es hieß: „Die Freundschaft der Völker Deutschlands und der Sowjetunion, die mit Blut zementiert ist, hat alle Aussichten, eine feste und dauernde Freundschaft zu werden.“

Stalin schlug alle Warnungen seiner Geheimdienste, die den deutschen Angriff auf den 22. Juni 1941 korrekt datierten, in den Wind. Noch am Abend des 22. Juni, als deutsche Truppen bereits hunderte Kilometer in sowjetisches Territorium einmarschiert waren, widersetzte sich Stalin der Mobilisierung der Streitkräfte, was unter anderem dazu führte, daß die Flugzeuge nicht starteten und ein Großteil der Luftwaffe durch deutsches Bombardement noch auf dem Flughafen zerstört wurde.

Mit welchem Zynismus und welcher Verachtung Stalin die Arbeiterbewegung und ihren Kampf gegen den imperialistischen Krieg, der Machterhaltung der parasitären Kaste opferte, zeigt ein Trinkspruch, den er anlässlich der Feier über den erfolgreichen Paktabschluß am Abend des 23. August aussprach: „Ich weiß, wie sehr das deutsche Volk

seinen Führer liebt, ich möchte deshalb auf seine Gesundheit trinken.“

Folgen

Im Verlauf des Massenschlachts des 2. Weltkrieges starben 350.000 britische Soldaten und Zivilisten (0,7% der Bevölkerung), 290.000 US-Soldaten (0,2% der Bevölkerung) und 15–20 Millionen Menschen (7–10% der Bevölkerung) in der Sowjetunion!

Der 2. Weltkrieg nahm einen anderen Ausgang, als von den imperialistischen Mächten erwartet. Zwar gingen die Vereinigten Staaten als die nun eindeutige kapitalistische Weltmacht aus dem Krieg hervor. Der Dollar wurde zum Maß aller Dinge, der Welthandel erfuhr eine enorme Ausdehnung und legte so die Basis für den 30jährigen Nachkriegsaufschwung, den längsten in der Geschichte der Menschheit. Aber die Sowjet-Bürokratie war nicht vernichtet, wie die Alliierten gehofft hatten. Stattdessen waren die Errungenschaften der russischen Oktoberrevolution (Verstaatlichung der Produktionsmittel und die Planwirtschaft) erfolgreich verteidigt worden. In vielen anderen Ländern Osteuropas und der ex-kolonialen Welt entstanden Staaten nach dem Vorbild der Sowjetunion.

Die grundlegenden Probleme jedoch, nämlich die Widersprüche des Kapitalismus und die Unfähigkeit der stalinistischen Bürokratien, die Wirtschaft weiterzuentwickeln, bleiben bestehen. Es ist die Aufgabe unserer Generation, zu verhindern, daß die Menschheit in Barbarei und einem möglichen 3. Weltkrieg untergeht und stattdessen eine weltweite sozialistische Demokratie zu erkämpfen.

Hintergründe des Vietnamkrieges

Golfkrieg: Ein zweites Vietnam?

Vietnam war die erste – und bisher einzige – militärische Niederlage der USA. Dies hatte enorme politische Auswirkungen in den USA wie auch international. Für rund ein Jahrzehnt war der Vietnam-Krieg, in den auf dem Höhepunkt 550.000 US-Soldaten verwickelt waren, eines der meistdiskutierten internationalen Themen. Ein Krieg am Golf ist der erste größere „Test“ für die US-Armee, seit sie nach dem Vietnam-Desaster neu aufgebaut wurde.

Seit Beginn der Golfkrise wurde viel darüber spekuliert, ob die US-Regierung und -Armeeführung die „Lektion von Vietnam“ gelernt habe. Aber auch für die Anti-Golfkrieg-Bewegung ist es wichtig, die Ereignisse von damals, die Parallelen und Unterschiede zur heutigen Situation zu verstehen und die Lehren daraus zu ziehen. Der Autor dieses, aus dem Englischen übersetzten Beitrags, *Bob Labi*, ist Mitglied der britischen Labour Party seit 1966 und war seinerzeit Mitglied des Londoner Mobilisierungskomitees der Anti-Vietnamkriegs-Demonstrationen, das im Oktober 1968 über 100.000 Londoner auf die Straße brachte.

In Vietnam waren die USA trotz ihrer Macht und ihres Reichtums nicht fähig, ein Kolonialland zu besiegen. Seitdem ist die US-Militärspitze bemüht, den „Alptraum Vietnam“ vergessen zu machen. Obwohl es beim Golfkrieg in erster Linie um die Kontrolle über die Ölvorräte geht, soll der Welt jedoch auch erneut die Macht des Weltpolizisten demonstriert werden.

Um die Unterstützung der Öffentlichkeit für ihre Golfpolitik zu erhalten, war die Propaganda-Kampagne der US-Regierung diesmal schon wesentlich subtiler und geschickter als beim Vietnam-Krieg. Sie wollen vermeiden, daß ihr Feldzug noch einmal durch den

Verlust der Unterstützung zu Hause untergraben wird.

30 Jahre Unabhängigkeitskampf

Der Kampf der vietnamesischen Arbeiter und Bauern für Unabhängigkeit, gegen Großgrundbesitz und Kapitalismus dauerte über drei Jahrzehnte. Bis 1942 wurde ganz Indochina vom französischen Imperialismus regiert, danach „übernahmen“ die japanischen Imperialisten die Region. Während der japanischen Besatzungszeit setzte die Kommunistische Partei Vietnams einen Kampf für die Unabhängigkeit des Landes in Gang.

Die Niederlage, die Japan am Ende

Die Kosten des Vietnamkriegs:

- Über 2,2 Millionen Todesopfer.
- Mehr als 10% der Bevölkerung, Vietnams, Laos' und Kambodschas wurden entweder getötet oder verwundet.
- 56.000 US-Soldaten fanden den Tod.
- 6,7 Mio. Tonnen Sprengstoff wurden über Südostasien abgeworfen (im 2. Weltkrieg warfen die USA und GB 2,7 Mio t ab).
- 5 Millionen Liter Entlaubungsgifte wurden versprüht.



Trotz gewaltiger zahlenmäßiger Überlegenheit von Bodentruppen und Luftwaffe waren die USA nicht fähig, ein Kolonialland zu besiegen.

des zweiten Weltkriegs gegenüber dem US- und britischen Imperialismus einstecken mußte, gab der vietnamesischen KP die Möglichkeit zur Initiative, bevor der französische Imperialismus seine Kontrolle wieder aufbauen konnte. Am 2. September 1945 wurde unter Führung der KP die „Demokratische Republik Vietnam“ (DRV) ausgerufen.

Dennoch erhoben die KP-Führer keine Einwände gegen die Landung von britischen, national-chinesischen und 1946 auch französischen Truppen auf vietnamesischem Gebiet. Sie verhandelten sogar mit den französischen Kolonialherren und unterzeichneten im März 1946 eine Erklärung, in der die französische Regierung ein freies (aber nicht unabhängiges!) Vietnam anerkannte und die vietnamesische Regierung sich bereit erklärte, „die französischen Truppen freundlich zu empfangen“.

Diese Bereitschaft der vietnamesischen KP-Führung zur Zusammenarbeit mit den Imperialisten war keine Ausnahmeerscheinung. Stalin versuchte zu dieser Zeit, langfristige Übereinkünfte mit den wichtigsten kapitalistischen Mächten zustande zu bringen und wies die kommunistischen Parteien weltweit an, mit ihren jeweiligen lokalen Kapitalisten oder Kolonialherrschern Abkommen zu schließen. Nach Ende des zweiten Weltkrieges gingen viele kommunistische Parteien Westeuropas dementsprechend in Koalitionsregierungen mit bürgerlichen Parteien. Im Rahmen dieser Politik wurde in Vietnam, aber z.B. auch in Griechenland, der Einmarsch imperialistischer Truppen zugelassen, was in beiden Fällen lange Bürgerkriege zur Folge hatte.

Der Kompromiß über die parallele Existenz der DRV (Demokratische Republik Vietnam) wie auch des französischen Kolonialregimes in Vietnam konnte nicht von langer Dauer sein. Während des ganzen Jahres 1946 spitzten sich die Spannungen zwischen beiden Regimes immer mehr zu. Am 23. November 1946 schließlich bombardierte die französische Kriegsmarine den nordvietnamesischen Hafen Haiphong und tötete 6000 Menschen. Am 19. Dezember brachen die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den französischen und vietnamesischen Truppen, den „Vietminh“, in voller Schärfe aus.

Stalinistische Politik

Zur damaligen Zeit, als der französische Imperialismus seine Herrschaft über Indo-China nach dem Krieg wiederherstellen wollte, war in Frankreich eine Koalitionsregierung aus kapitalistischen Parteien, der sozialistischen und der kommunistischen Partei im Amt. Aber als der französische Staat versuchte, die Erklärung vom März 1946 als Deckmantel zu nutzen, um die neue Vietnamesische Republik zu zerschlagen, leisteten weder die kommunistischen noch die sozialistischen Parteiführer Widerstand dagegen. Weil die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) Mitglied der Regierung war, die die Bombardierung von Haiphong anordnete, benannte sich die vietnamesische kommunistische Partei sogar eine zeitlang in „Kommunistische Arbeiterpartei“ um. Die KPF aber blieb bis zu ihrem Rauswurf 1947 in der französischen Regierung, die den blutigen Krieg gegen Vietnam führte. Zwar enthielten sich die KP-Abgeordneten im französischen Parlament bei der Abstimmung über die Kriegskredite im Mai 1947 der Stimme. Doch die Parteiführung wies die kommunistischen Minister an, im Kabinett für die Kredite zu stimmen, um ihre Teilnahme an der Regierungskoalition nicht zu gefährden.

Kapitalistische Regierungen versuchen im Kriegsfall immer, keine Opposition aufkommen zu lassen und dem „äußeren Feind“ ein Bild der inneren Geschlossenheit zu präsentieren. Durch ihren Verzicht auf Oppositionspolitik hat die KPF-Führung den französischen Imperialisten den Krieg gegen Vietnam enorm erleichtert. Selbst nachdem die KPF aus der Regierung geworfen worden war und danach eine oppositionelle Haltung gegen den Krieg einnahm, nutzten die Bürgerlichen in ihrer Propaganda weiterhin die Tatsache, daß die KPF den Krieg ursprünglich

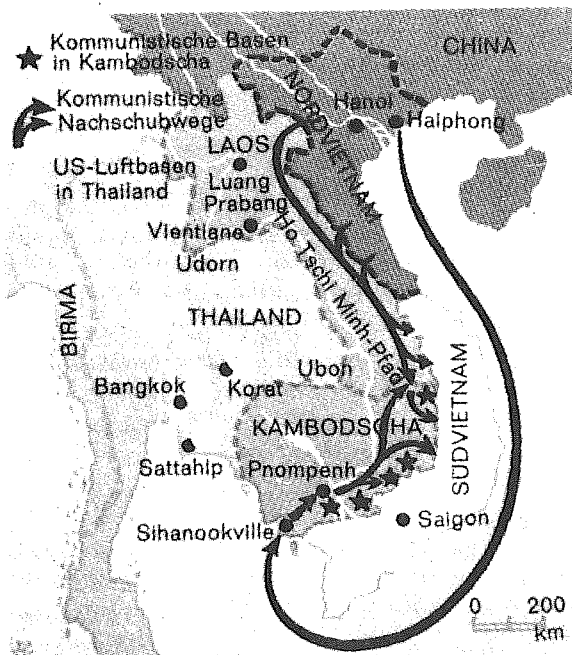
unterstützt hatte.

Die Einheiten der DRV, die Vietminh, konnten im Krieg gegen Frankreich ihre Bastionen halten und ausbauen, indem sie den Kampf um nationale Unabhängigkeit mit der Frage einer Bodenreform und anderer sozialer Reformen verbanden und z.B. in den von ihnen kontrollierten Gebieten Land an die Bauern verteilten. Die französischen Truppen blieben in den von ihnen kontrollierten Städten isoliert.

Die Teilung Vietnams

1954 wurde in Genf eine internationale Konferenz über Vietnam eröffnet, bei der China und Großbritannien eine Vermittlerrolle einnahmen. Am Ende dieser Konferenz akzeptierten die Vietminh erneut einen Kompromiß, der die zeitweilige Teilung des Landes vorsah: Frankreich sicherte Vietnam die Unabhängigkeit zu; im Gegenzug verpflichteten sich die Vietminh, ihre Truppen in den Norden des Landes zurückzuziehen (obwohl sie auch im Süden große Unterstützung hatten); vorübergehend sollten zwei Regierungen, im Norden und Süden Vietnams, gebildet werden, um Wahlen für 1956 und die anschließende Wiedervereinigung vorzubereiten.

Schon bevor die Franzosen zum Eingeständnis ihrer Niederlage gezwungen waren, erhielten sie Unterstützung durch die USA, um die Kolonialherrschaft aufrechterhalten zu können. Nach Abzug der letzten französischen Truppen aus Vietnam traten die USA in deren Fußstapfen und bauten ein prokapitalistisches Marionetten-Regime im Süden auf; sie stoppten die Durch-



führung der Wahlen, die Vietnam eigentlich wiedervereinigen sollten.

Mittlerweile konnte im Norden der Sturz von Großgrundbesitz und Kapitalismus vollendet werden. Das KP-geführte Regime festigte seine Herrschaft auf dieser Grundlage und führte davon ausgehend den Kampf gegen das Regime im Süden und die US-Intervention. Der nordvietnamesische Staat war keine sozialistische Demokratie, sondern

eine stalinistische Diktatur. Dennoch hatte er für die Massen in Südvietnam eine gewisse Anziehungskraft im Vergleich zu der verrotteten, US-gestützten Diktatur der Großgrundbesitzer und Kapitalisten im Süden.

US-Intervention

Etwa ab 1957 trat der Vietnam-Krieg in seine zweite Phase, als der Vietcong (wie die Vietminh-Linke im Süden sich jetzt nannte) den Kampf gegen die Truppen des südvietnamesischen Regimes aufnahm. Je schwächer das südvietnamesische Regime unter diesem Ansturm wurde, umso stärker engagierten sich die USA, besonders unter Präsident Kennedy. Bis 1961 kamen zahlreiche US-„Militärberater“ ins Land.

Anfang der 60er Jahre sahen sich die USA zur direkten Entsendung von Truppen gezwungen, um einen Sieg des Vietcong zu verhindern.

Doch dazu mußte zunächst die Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit gewonnen werden. Um dies zu erreichen, wurde eine gezielte Falschmeldung lanciert: US-Schiffe seien im Golf von Tonkin von Nordvietnam unter Beschuß genommen worden. Auf Grund dieser Lüge verabschiedete der US-Kongreß eine Resolution, die zu militärischen Aktionen gegen Nordvietnam ermächtigte.

1965 wurde Nordvietnam systematisch von der US-Luftwaffe bombardiert und im Mai 1965 die ersten Bodentruppen entsandt, die schnell auf 400.000 Mann aufgestockt wurden. US-Präsident Johnson (Demokratische Partei) verkündete: „Jetzt herrscht wirklich Krieg“.

Die zersetzenden Auswirkungen des Vietnamkriegs auf die US-Armee waren so tief, daß die Militärführung nach Kriegsende dazu überging, die Wehrpflichtigen-Armee aufzulösen und auf ihren Trümmern eine neue Berufsarmee aufzubauen.

Mitte bis Ende der 60er Jahre unternahmen die USA entschlossene militärische Anstrengungen, um die Einheiten des Vietcong und der nordvietnamesischen Armee (NVA), die sich inzwischen auch zunehmend in die Kämpfe eingeschaltet hatten, zu zerschlagen. Doch die sogenannte „Tet-Offensive“ des Vietcong und der NVA im Januar 1968 zeigte, daß der Widerstand ungebrochen war. Und das war nicht verwunderlich. Die US-Truppen standen für die Fortsetzung der ausländischen Beherrschung des Landes, für die Unterstützung einer Militärdiktatur (zu dieser Zeit unter den Generälen Ky und Thieu), für den Schutz der Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Demgegenüber kämpften Vietcong und NVA für die nationale Unabhängigkeit des Landes, für die Verteilung des Landes an

die Bauern, für den Sturz der Kapitalisten, für soziale Reformen und bessere Lebensbedingungen.

Anti-Kriegsstimmung

Obwohl die „Tet-Offensive“ nach vielen erbitterten Kämpfen zurückgeschlagen werden konnte, begann vielen – besonders den amerikanischen Soldaten – zu dämmern, daß dieser Krieg für die USA nicht zu gewinnen war. Anfangs unterstützte die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung die US-Intervention als Teil des „notwendigen Kampfes für Demokratie und gegen Kommunismus“. Aber die tatsächliche Kriegserfahrung trug schnell zum Abbröckeln dieser Unterstützung bei.

Mit der steigenden Zahl amerikanischer Kriegsgeschehen wuchs auch die Anti-Krieg-Opportunisten in den USA. Die Bewegung begann vor allem unter Studenten, breitete sich aber schnell aus. In vielerlei Hinsicht erreichte sie ihren Höhepunkt mit dem sogenannten „Moratorium“ am Mittwoch, dem 15. Oktober 1969, als sich 36 Millionen Menschen an einem Anti-Kriegs-Aktionstag in nahezu jedem Winkel der USA beteiligten. In gewisser Weise war dies ein Massentreif gegen den Krieg. Über eine Million nahmen an Demonstrationen teil, und in Vietnam trugen viele amerikanische Soldaten an diesem Tag schwarze Armbinden zum Zeichen ihrer Solidarität.

Bezeichnenderweise wurde dieser Aktionstag von der „Alliance for Labour“ (Arbeiterbündnis) unterstützt, einem kurzfristigen Zusammenschluß verschiedener Gewerkschaften (Automobil-, Transport-, Chemie- und andere Gewerkschaften). Zwar hatte die Mehrheit der Arbeiter den Krieg zu Beginn unterstützt; in einigen Städten wurden Mitte der 60er Jahre sogar Anti-Krieg-Demonstranten von Bauarbeitern verprügelt. Aber die Stimmung unter den Arbeitern war umgeschlagen, je länger der Krieg andauerte und je mehr Opfer er kostete. Deshalb bedeutete die Unterstützung der „Alliance for Labour“ für den Aktionstag einen wichtigen Schritt nach vorn.

International betrachtet war es aber eine der Hauptschwächen der vor allem von Studenten und Mittelschichten getragenen Anti-Kriegsbewegung, daß sie sich nicht auf die Arbeiterbewegung orientierte. Sie versuchten nicht ernsthaft, unter den Arbeitern für eine Unterstützung von Klassenaktionen gegen den Krieg zu werben, z.B. für gewerkschaftliche Streik- und Boykottmaßnahmen gegen Waffenexporte und Nachschublieferungen an die Armee.

Demoralisierung der Armee

Schon ein Jahr vor dem Moratorium-Aktionstag war die Stimmung gegen den Krieg so stark, daß Präsident Johnson sich gezwungen sah, auf eine erneute Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 1968 zu verzichten. Der republikanische Kandidat Richard Nixon gewann diese Wahl mit dem Versprechen, „den Krieg zu beenden“. Er erkannte, daß Johnsons Administration

durch die wachsende Kriegsopposition im Land untergraben worden war. Kurz vor dem Moratorium-Aktionstag, im September 1969, kündigte er eine neue Politik der „Vietnamisierung“ des Konflikts an, die darauf hinauslief, nur noch finanzielle Unterstützung für den Kampf der südvietnamesischen Regierungstruppen zu leisten.

Hintergrund dieser neuen Politik war auch die zunehmende Demoralisierung unter den in Vietnam stationierten amerikanischen Einheiten. Immer mehr Soldaten bezweifelten den Sinn dieses Kriegs, der ihnen nichts bedeutete und der nicht zu gewinnen war. Immer mehr amerikanische Jugendliche verließen die USA, um der Einberufung zur Armee zu entkommen; auch die Zahl der Deserteure stieg. Obwohl die US-Militärführung immer genug Soldaten für den „Nachschub“ hatte, war dies doch ein deutliches Symptom für den wachsenden Unmut der US-Jugend gegenüber dem Krieg.

Aus Sicht der Generäle noch alarmierender war die um sich greifende Stimmung von Demoralisierung und Rebellion bei den US-Einheiten in Vietnam selbst, die sich nach der „Tet-Offensive“ und sinnlosen Schlachten mit hohen Verlusten noch verstärkte. Drogenkonsum und Alkoholismus breiteten sich in der Armee ebenso aus wie Anschläge einfacher Soldaten auf unpopuläre Offiziere, indem z.B. Bruchstücke von Handgranaten in die Zelte der Offiziere geworfen wurden (das sog. „ragging“). Allein 1970 registrierte die Armeeführung offiziell 271 solcher Anschläge. Manche Einheiten weigerten sich, in die Schlachten zu ziehen. Ein General nannte die US-Armee „die demoralisierteste Armee der Geschichte“. Dabei verbrachten wehrpflichtige Soldaten nur eine relativ kurze Zeit in Vietnam und wurden dann wieder ausgetauscht. Andernfalls hätten sich die Meutereien noch wesentlich stärker ausgedehnt. Andererseits führte die Tatsache, daß hunderttausende Jugendlicher zumindest zeitweise in Vietnam gedient hatten, zur Radikalisierung breiter Schichten der Jugend in den USA.

Krise der US-Gesellschaft

Gegen Ende der 60er Jahre entwickelten sich in den USA all die Anzeichen einer Gesellschaft, die sich auf eine revolutionäre Situation zubewegt: man hatte keinerlei Anziehungskraft für die Masse der amerikanischen Arbeiter und Jugendlichen. Anders als die kommunistische Führung der russischen Oktoberrevolution vor der stalinischen Ära machte die vietnamesische Führung keine ernsthaften Anstrengungen, die internationale Arbeiterbewegung gegen die imperialistische Intervention und für den weltweiten Kampf für Sozialismus zu gewinnen.

Die zersetzenden Auswirkungen des Vietnamkriegs auf die US-Armee waren so tief, daß die Militärführung nach Kriegsende dazu überging, die Wehrpflichtigen-Armee aufzulösen und auf ihren Trümmern eine ganz neue Berufs-

armee aufzubauen. Dieselben Gründe, die die Generäle zur Bevorzugung einer professionellen Armee treiben, veranlassen Marxisten zur entgegengesetzten Schlußfolgerung: Eine Berufsarmee ist wesentlich isolierter von der Stimmung der Bevölkerung und kann leichter für die Zwecke der Herrschenden mißbraucht werden; Marxisten bevorzugen daher die allgemeine Wehrpflicht.

Wenngleich die heutige US-Armee die herrschende Klasse war gespalten; die Mittelschichten, besonders die Studenten, radikalisierten sich; die Arbeiterklasse, vor allem schwarze und jugendliche Arbeiter, begannen aktiv zu werden; die Armee war demoralisiert und die einfachen Soldaten standen in Opposition zu ihren Offizieren und zur Regierung. Nicht zufällig handeln viele US-Rocksongs aus dieser Zeit von „Revolution“, sie widerspiegeln die damalige Stimmung unter der Jugend.

Die Anti-Kriegsbewegung vereinigte zwar die verschiedenen Kräfte zu einer breiten Oppositionsbewegung gegen den Krieg. Aber sie versuchte nicht einmal ansatzweise, eine Alternative zum kapitalistischen System aufzuzeigen, das solche Kriege hervorbringt. Tragischerweise wurde so durch das Fehlen einer starken marxistischen Kraft eine Gelegenheit verpaßt, aus dem Anti-Kriegskampf heraus eine sozialistische Bewegung zum Sturz des Kapitalismus im stärksten imperialistischen Land zu entwickeln.

Letztenendes war diese krisenhafte Situation in den USA und in den US-Einheiten in Vietnam die Ursache für die Niederlage des Imperialismus. Natürlich hätte sich die Krise ohne den heroischen Widerstand des vietnamesischen Volkes über drei Jahrzehnte hinweg nicht entwickelt. Aber weder die nordvietnamesische Regierung noch der Vietcong konnten an die US-Soldaten oder die US-Bevölkerung appellieren, denn die Kombination von nationalistischer Propaganda und Stalinismus des nordvietnamesischen Regimes hatte keinerlei Anziehungskraft für die Masse der amerikanischen Arbeiter und Jugendlichen. Anders als die kommunistische Führung der russischen Oktoberrevolution vor der stalinischen Ära machte die vietnamesische Führung keine ernsthaften Anstrengungen, die internationale Arbeiterbewegung gegen die imperialistische Intervention und für den weltweiten Kampf für Sozialismus zu gewinnen.

Die zersetzenden Auswirkungen des Vietnamkriegs auf die US-Armee waren so tief, daß die Militärführung nach Kriegsende dazu überging, die Wehrpflichtigen-Armee aufzulösen und auf ihren Trümmern eine ganz neue Berufsarmee aufzubauen. Dieselben Gründe, die die Generäle zur Bevorzugung einer professionellen Armee treiben, veranlassen Marxisten zur entgegengesetzten Schlußfolgerung: Eine Berufsarmee ist wesentlich isolierter von der Stimmung der Bevölkerung und kann

leichter für die Zwecke der Herrschenden mißbraucht werden; Marxisten bevorzugen daher die allgemeine Wehrpflicht.

Wenngleich die heutige US-Armee ein Berufsheer ist, so sind doch für viele vor allem ökonomische Gründe für den Dienst in der Armee ausschlaggebend. Die Suche nach einem Job oder einer kostenlosen Ausbildung veranlassen viele Menschen gerade auch aus Arbeiterfamilien, in die Armee einzutreten. Dies widerspiegelt sich auch in der Tatsache, daß 28% der am Golf stationierten US-Soldaten Schwarze sind, obwohl sie nur 14% der US-Bevölkerung ausmachen. Die „Kriegsbegeisterung“ der heutigen US-Soldaten dürfte also ebenso begrenzt sein wie zu Zeiten des Vietnamkriegs.

Rückzug und Niederlage

Trotz der neuen Politik der „Vietnamisierung“ versuchte Nixon immer noch, den Krieg zu gewinnen. Er setzte auf die Überlegenheit der US-Luftwaffe in Kombination mit den südvietnamesischen Bodentruppen, die 481.000 reguläre Soldaten und 705.000 Teilzeit-Soldaten umfaßten, ausgerüstet mit modernsten US-Waffen. Auf dem Papier war die Überlegenheit gewaltig. Denn auf der Gegenseite standen nur 140.000 Vietcong und 200.000 NVA-Soldaten, die in Südvietnam kämpften – schlechter ausgerüstet und ohne Flugzeuge oder Helikopter. Doch dieses zahlenmäßige Kräfteverhältnis läßt die soziale Grundlage außer Acht: trotz ihrer Stärke konnten die südvietnamesischen Streitkräfte nicht gewinnen, weil sie für die Fortsetzung der imperialistischen Beherrschung des Landes und der korrupten Militärdiktatur kämpften; sie hatten deswegen keinen Rückhalt in der Bevölkerung.

In einem verzweifelten Versuch, die Nachschublinien der NVA und die örtlichen Guerilla-Stützpunkte des Vietcong anzugreifen, ordnete Nixon 1970 in einem Geheimbefehl eine flächendeckende Bombardierung sowie den Einmarsch nach Kambodscha an (dem 1971 die Invasion nach Laos folgte). Als die Informationen darüber an die Öffentlichkeit gelangten, erhielt die Anti-Kriegsbewegung noch einmal mächtigen Auftrieb. Die herrschende Klasse der USA sah sich genötigt, Maßnahmen zur festeren Kontrolle über den Staatsapparat und die Militärführung zu ergreifen. Der spätere Sturz Nixons über den Watergate-Skandal (1974) ist auch vor diesem Hintergrund zu sehen.

Mehr und mehr wurde auch den Herrschenden die negativen Auswirkungen des Krieges auf die Streitkräfte und die Gesellschaft insgesamt klar. Dennoch waren sie über die Frage der weiteren Kriegsführung gespalten. Ein Teil der herrschenden Klasse wollte so schnell wie möglich den Rückzug der US-Truppen, um den politischen und finanziellen Schaden zu begrenzen; mittlerweile hatten die hohen Kriegskosten zu drastisch gestiegener Staatsverschuldung und Inflation geführt. Ein anderer Teil plädierte für Fortset-

zung um jeden Preis; sie befürchteten den sogenannten „Domino-Effekt“, den der Sieg der Vietcong-Guerilla in ganz Asien und etwas abgeschwächt auch in der ganzen kolonialen Welt hätte haben können.

Nixon verstärkte zwar einerseits das US-Bombardement auf Vietnam, aber die US-Bodentruppen wurden Zug um Zug abgezogen. Als die NVA im März 1972 eine Offensive startete, nahmen die bis dahin noch verbliebenen 69.000 US-Soldaten kaum noch an den Kämpfen teil. Bis Januar 1973 verließen die letzten US-Truppen das Land, die Militärbeter blieben allerdings zurück.

Die Pariser Friedenkonferenz 1973 besiegelte das Schicksal der südvietnamesischen Regierung. Die USA stoppte die direkte militärische Intervention. Die Schlußoffensive des Vietcong fand Anfang 1975 statt und endete am 30. April 1975 mit der Einnahme Saigons und dem Zusammenbruch des südvietnamesischen Regimes. Kapitalismus und Großgrundbesitz wurden auch im Süden gestürzt und die Wiedervereinigung des Landes auf stalinistischer Grundlage vollzogen.

Politische Lehren

Die sich später erweisende Unfähigkeit des stalinistischen Regimes, die Probleme des Wiederaufbaus und der Entwicklung des Landes zu lösen, dürfen nicht über die Bedeutung dieser historischen Niederlage des US-Imperialismus hinwegtäuschen. Auf kapitalistischer Grundlage gab es für die Masse der Bevölkerung in Asien keine Aussicht auf die Befriedigung selbst der elementarsten Grundbedürfnisse. Die sogenannten Erfolge von Ländern wie Südkorea, Taiwan und Singapur sind die absolute Ausnahme, nicht die Regel. Und auch diese Staaten sind extrem abhängig vom Zustand der Weltwirtschaft. Insofern war der Sturz von Kapitalismus und Großgrundbesitz in Vietnam ein Schritt nach vorn. Doch der Aufbau eines stalinistischen Staates bedeutete auch, daß sich die Vorteile einer geplanten Wirtschaft nicht voll entfalten konnten.

Leider verhielten sich viele der führenden politischen Strömungen in der Anti-Kriegsbewegung Europas vollkommen unkritisch gegenüber der Politik des Vietcong und der nordvietnamesischen Regierung. Sie versäumten es daher, die Bewegung vor den Folgen einer stalinistischen Herrschaft zu warnen. Marxisten beteiligten sich seinerzeit in Europa am Aufbau der Anti-Kriegsbewegung, doch auf der Grundlage einer klaren Orientierung auf die Arbeiterbewegung und der Unterstützung für die vietnamesische Revolution – nicht jedoch für deren stalinistischen Führer. Sie erklärten die Notwendigkeit des Aufbaus einer echten Arbeiterdemokratie in Vietnam und einer Politik des Internationalismus, und waren auf diese Weise politisch vorbereitet auf das, was sich nach 1975 in Vietnam entwickelte.

Heutzutage ist es umso wichtiger, eine vollkommen kritische und unabhän-

gige Position gegenüber der irakischen Diktatur einzunehmen, ohne dabei den Imperialismus zu unterstützen.

Die erste Lehre aus dem Kampf des vietnamesischen Volkes ist die, daß Imperialismus und Kapitalismus geschlagen werden können. Aber zweitens zeigt die Entwicklung Vietnams nach 1975 auch die Grenzen des Stalinismus und die Notwendigkeit marxistischer Politik, als den einzigen Wegweiser zu einer sozialistischen Demokratie.

Anti-Kriegsopposition heute

Manche der heutigen Strategen des Imperialismus betrachten als wichtigste Lehre aus Vietnam, bei militärische Interventionen gleich von Anfang an starke Kräfte zusammenzuziehen und einen drastischen Erstschlag zu führen; dann könnten der Gegner gleich zu Beginn empfindlich getroffen, die Kampfhandlungen verkürzt und eine große Anti-Kriegsbewegung zu Hause oder Demoralisierungerscheinungen in der Armee verhindert werden.

Natürlich hat jeder Krieg seine eigenen charakteristischen Merkmale. Das heutige Regime im Irak ist kapitalistisch, hat damit einen anderen sozialen Charakter und noch weniger Anziehungskraft als das damalige Regime Nordvietnams. Dennoch wird der von den USA angeführte Golfkrieg eine Welle anti-imperialistischer Gefühle in den arabischen Ländern und der Türkei hervorrufen. Diese anti-imperialistische Stimmung wird letztlich auch die arabischen Regimes untergraben, die heute die US-Intervention unterstützen. Deswegen wird das politische Kalkül der USA in der Golfregion selbst dann nicht aufgehen, wenn sie den Krieg rein militärisch gewinnen sollten; sie werden ihre Marionetten-Regimes in Arabien auf Dauer nicht stabilisieren können.

Für die heutige Anti-Kriegsbewegung ist die Erkenntnis aus dem Viet-

namkrieg wichtig, daß es möglich ist, innerhalb von Gesellschaft und Armee eine breite Anti-Kriegsbewegung aufzubauen. Im Vergleich zu damals gab es in den vergangenen Wochen sogar schon vor und zu Beginn des Krieges große Massendemonstrationen und Proteste in den meisten imperialistischen Ländern. Noch sind die Anti-Kriegsaktivisten in den westlichen Ländern in der Minderheit. Das ist zu Beginn eines Krieges nicht verwunderlich. Aber je länger der Krieg anhält, umso klarer wird vielen Menschen sein imperialistischer Charakter werden, und die Protestbewegung wird weiter anwachsen. Wir müssen aber auch darauf gefaßt sein, daß die Stimmung unter Umständen zeitweise wieder umschlagen kann, z.B. falls es zu terroristischen Anschlägen im Westen kommt, die sowohl von arabischen Nationalisten als aber auch von pro-imperialistischen Provokateuren verübt werden könnten.

Schlüsselfaktor Arbeiterbewegung

Ein Schlüsselfaktor für die lange Dauer des Vietnamkriegs war die Tatsache, daß viele sozialdemokratische und gewerkschaftliche Führer seinerzeit die US-Intervention entweder offen unterstützen oder eine neutrale Haltung einnahmen – jedenfalls keine Kampagne gegen den Krieg anführten. Als Teil der Großen Koalition mit der CDU von 1966 bis 69 hielt sich auch die SPD-Führung damals in Sachen Vietnam bedeckt.

Auch heute kann die Kohlregierung ihre Unterstützung für den US-Kriegskurs nur so lange aufrechterhalten, wie dies SPD und DGB zulassen. Streikaktionen und Massenproteste der Arbeiter könnten die Intervention der westlichen Länder im Golf stoppen, genauso wie die imperialistische Intervention im russischen Bürgerkrieg von 1918-21 durch eine Streikwelle in Westeuropa gestoppt wurde.

Auch heute kann die Kohlregierung ihre Unterstützung für den US-Kriegskurs nur so lange aufrechterhalten, wie dies SPD und DGB zulassen.

Die Mobilisierung der Arbeiterbewegung ist der Schlüssel zur Beendigung des Krieges. Der Anti-Kriegskampf muß die Straßenproteste und gewerkschaftlichen Aktionen vereinigen, ihnen eine politische Stoßrichtung geben und die gegen den Krieg eingestellten Soldaten in der Armee unterstützen. Eine Massenbewegung auf dieser Grundlage könnte schnell dazu beitragen, die Position der gerade erst wiedergewählten Kohlregierung zu untergraben, die Arbeiterbewegung zu radikalisieren und wieder offener für sozialistische Ideen zu machen.

Dies würde auch den Massen in der exkolonialen Welt signalisieren, daß es in den imperialistischen Länder Klassegegensätze gibt und die Arbeiter auf ihrer Seite stehen. Eine solche Massenbewegung, wenn sie mit sozialistischen Ideen verbunden ist, kann den Weg freimachen für einen internationalen Kampf gegen Krieg, Armut und Diktatur, für eine internationale Föderation demokratischer und sozialistischer Staaten.

Anti-Kriegs-Anstecker



Preis: 1,50 DM

Bestellungen an:
Redaktion VORAN,
Hansaring 5, 5000 Köln 1
Telefon 0221/134504

VORAN zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V., verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger.

Redaktionsanschrift:
VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21 / 13 4504.

Bankverbindung:
Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430.

Weitere VORAN-Broschüren

- **Krieg und Revolution im arabischen Raum**, 24 Seiten, Format A4, 3,- DM
- **Jugend für Sozialismus**, kapitalistischer Alltag und sozialistisches Programm, 52 Seiten, Format A4, 2,50 DM.
- **Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung**, 40 Seiten, Format A4, 3,- DM.
- **Reformismus oder Marxismus?** Eine Antwort auf die „53 Thesen“ des „Hannoveraner Kreises“, 48 Seiten, Format A5, 2,50 DM.
- **Die Französische Revolution von 1789**, 28 Seiten, Format A5, 1,50 DM.
- **Als Augenzeuge in China**, China 1989 – Revolution und Massaker, 52 Seiten, Format A5, 2,- DM.
- **VORAN-Infodienst „Kindergarten-Notstand stoppen“**, zur Situation der Kindertagesstätten und Erzieherinnen in den jüngsten Kämpfen um Verbesserungen; unser Programm und Tips für Aktionen; 28 Seiten, Format A4, 3,- DM.

- **Button: „Kein Blut für Öl!“**, Durchmesser: 3,7 cm, Preis: 1,50 DM



Bestellabschnitt

Ich bestelle hiermit

- folgende Broschüren (Anzahl, Titel, Preis bitte angeben):

- Buttons „Kein Blut für Öl!“; Anzahl: _____ Stück
- die vollständige Material- und Buttonliste von VORAN

Name, Anschrift und Telefon:

Bitte einsenden an: Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504
Überweisungen auf Postgiroamt Essen, Bankleitzahl 360 100 43, Kto-Nr. 2500 59-430

Mehr als nur eine linke Zeitung.....

VORAN wird von aktiven SPD-Mitgliedern, Jungsozialisten, Falken und Gewerkschaftern getragen, finanziert und verbreitet, die den Marxismus als lebendige Anleitung zum Handeln verstehen. Sie ist politisch und finanziell unabhängig von reichen Einzelpersonen oder Unternehmern, der SPD- und Gewerkschaftsführung oder etwa den Herrschenden im Ostblock. Abhängig ist sie dagegen von ihren Lesern, Unterstützern und Abonnenten.

Zeitgemäß und realistisch sind heute angeblich Lobgesänge auf die "freie Marktwirtschaft", da sind sich Thatcher, Kohl, Lafontaine und Gorbatschow einig. VORAN dagegen ist die Plattform für alle Sozialisten, die nach wie vor für die Enteignung der großen Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und den Aufbau einer demokratischen Planwirtschaft eintreten.

Seit dem ersten Erscheinen im Jahre 1973 nimmt VORAN einen klaren Klassenstandpunkt ein - gegen das kapitalistische Mißwirtschaftssystem, gegen die imperialistische Ausbeutung der "3. Welt", gegen die bürokratische Unterdrückung in den Ostblockstaaten.

Der Weg zur sozialistischen Demokratie führt über die sozialistische Erneuerung der Arbeiterorganisationen und den Aufbau eines starken marxistischen Flügels bei den Jusos und in der SPD. Dabei kannst auch Du mithelfen, indem Du VORAN abonnierst, durch Spenden unterstützt und die Zeitung weiterverbreitest.



Das gibt es jeden Monat auf 12 Seiten

- Aktuelle Berichte zu Angriffen von Kohl und Kapital und Gegenwehr.
- Kritische Auseinandersetzung mit der Politik von SPD, Jusos und Gewerkschaften.
- Internationale Berichte.
- Theorie und Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung.
- Berichte aus Betrieben.
- Aktionsbeispiele von aktiven Jusos und VORAN-Unterstützern.

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 0221/134504

Überweisungen auf: Postgiroamt Essen, Bankleitzahl 36010043, Kto.-Nr. 250059-430



Ja, ich möchte

VORAN abonnieren

- 6 Ausgaben zu 9,60 DM
 Förderabo zu 20 DM (6 Ausgaben)

VORAN unterstützen

- und bitte um weitere Informationen.
 und will VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare (in Kommission, Bezahlung erfolgt nach Verkauf).

Name, Anschrift, Telefon

